

b unabhängige **auernstimme**

Januar 2006

Nummer 285 – K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Burmann

Bescherung in Hongkong

WTO redet weiter

In Hongkong wollte die EU-Kommission die Agrarfrage als Pfand für die Interessen der Exportindustrie einsetzen. Das ging nicht auf. Jetzt wird weiter verhandelt. **Seite 3, 5, 7**

Kampf ums Geld

Der Gipfelerfolg über den EU-Haushalt entpuppt sich als Aderlass für die ländliche Entwicklung. Die zweite Säule wird um über 40 Prozent gekürzt. Schwerpunkt **Seiten 12-13**

Von Gentechnik genug

Nach zehn Jahren Erfahrungen mit Genpflanzen reisten zwei US-Farmer durch Deutschland. Ihre Botschaft: Kämpft für Eure Interessen, kämpf um Eure Unabhängigkeit. **Seite 16**

Die Seite 3

WTO-Konferenz in Hongkong 3
Leere Versprechungen und ein kleiner Erfolg

Agrarpolitik

Seehofer sorgt für Aufregung 4

Milch und WTO 5
Schutzmechanismen für bäuerliche Erzeugung gefordert

Milch

Was vor dem Milchstreik steht 6
Zuerst braucht der BDM das Mandat zum Verhandeln

40 Cent je Liter Milch nutzen Nord und Süd 7
Experten-Forum auf der AbL-Versammlung in Altenkirchen

Molkereiwirtschaft in der Slowakei 18

Bewegung

AbL-Protest vor Lidl-Zentrale 8

Was kommt nach der Ausbildung? 14

AbL-Bundesversammlung 2005 10-11
Vom regionalen Markt bis zum EU-Geld
Rot-Grün war keine leichte Zeit

Schwerpunkt: EU-Agrargelder

EU-Kompromiss trifft auch die Bauern 12

Wissenschaft empfiehlt Abschaffung der Direktzahlungen 12

Lob für Merkel muss nicht gut für Bauern sein 13

Nachbau

Kampf für Saatgut ist Kampf für Leben 15
Bericht über ein internationales Bauernseminar zu Saatgut

Gentechnik

US-Farmer und ihre Erfahrungen 16
Nach zehn Jahren Gentechnik suchen Farmer ihre Freiheit

Lebendige Saat statt toter Ernte 17
Gentech-Industrie wieder auf Terminator-Tour

Landleben

Weltbank liebt Dorfbank 19

Weitere Themen

Aus Stall, Feld und Umfeld bei Matthias Stürwold und Adalbert Fricke, **Seite 9** · Jahresringe, **Seite 19** · Lesen, auch im Kritischen Agrarbericht 2006, **Seite 20-21** · Anzeigen/Veranstaltungen/Kontakte, **Seite 22-23**

Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik hat den Weg in die richtige Richtung gezeigt. Durch die Einführung der Betriebsprämienregelung sind die Direktzahlungen nicht mehr an die Verpflichtung zu einer bestimmten Produktion gekoppelt. Die Höhe der Prämienzahlungen steuert daher nicht mehr die Schwerpunkte in der Produktion der deutschen und gar europäischen Landwirtschaft. Und noch ein Gutes hat sie gebracht: Die indirekte Subventionierung der Verarbeiter durch die Landwirte entfällt. So steigen beispielsweise die Fleischpreise neuerdings in Deutschland genau um den Betrag je kg, den der Landwirt früher als Tierprämie erhalten hat.

Ganz gerecht wird die Reform jedoch erst, wenn jeder Landwirt pro bewirtschaftete Fläche die gleiche Prämienzahlung erhält. Daher hat das Saarland beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die derzeitige Betriebsprämienregelung eingereicht. Es ist nicht einzusehen, dass Landwirte in verschiedenen Bundesländern, die das Gleiche tun, hierfür unterschiedlich honoriert werden. Ich hoffe, dass die Entscheidung über unsere Klage schon in die mid-

term-review 2009 einfließen kann.

Die richtigen Signale sind gesetzt. Aber braucht unsere Landwirtschaft überhaupt eine Form der Subventionierung? Ich bekenne mich ganz klar dazu.

Die Zahlungen der so

Kommentar**Ausgleichszahlungen an Arbeitsplätze binden**

genannten 1. Säule garantieren die Erhaltung der Kulturlandschaft. Nur so können die hohen Standards im Bereich Umwelt-, Tierschutz und Nahrungsmittelsicherheit in Zeiten immer stärker liberalisierter Märkte innerhalb der EU weiter durchgesetzt werden. Dieser Beitrag zur Einkommensstabilisierung trägt damit den vielfältigen Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft Rechnung.

Dort jedoch, wo in sehr großen Betrieben erhebliche Produktionskostenvorteile durch die Degression der Arbeits- und Maschinenkosten in der Fläche und durch Degression in der Festkostenbelastung bei der tierischen Veredelung vorhanden sind, ist eine Staffelung der Förderobergrenzen durchaus begründbar. Ich plädiere daher für eine Bindung der Ausgleichszahlungen der 1.Säule an die Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitskräfte in den Betrieben. Mit den auf diese Art eingesparten Geldern könnte man die Mittel der 2. Säule verstärken. Dies hätte den Charme, dass diese Mittel – entstanden durch die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen – für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum frei würden.

Unsere Landwirtschaft und damit unsere Agrarstruktur braucht mehr Markt zur optimalen Entfaltung. Die aktuellen Diskussionen zeigen, wie schnell die finanzielle Unterstützung des Agrarsektors durch die EU in Frage steht. Bis 2013 sind die Zahlungen der 1. Säule sicher. Daran sollte tunlichst keiner rütteln. Auch die Mittel für die 2. Säule werden auf absehbare Zeit sinken. Wir müssen jetzt alles tun, um die Landwirtschaft auf diese Zeit vorzubereiten. Nur dort, wo die regionale Wirtschaftsstruktur intakt ist, ist auch der ländliche Raum attraktiv. Dort kann die Landwirtschaft sich durch Etablieren höherer Wertschöpfungsketten weiterentwickeln. Und genau dies ist notwendig.

Stefan Mörsdorf

Stefan Mörsdorf (44) ist Minister für Umwelt des Saarlandes und auch für Landwirtschaft zuständig

Meldung des Monats

In einer Pressemitteilung der AbL erklärte die AbL-Vorsitzende Maria Heubuch: Unser eigener Grünland-Betrieb im Allgäu mit rund 40 Milchkühen wird in diesem Jahr knapp 7.300 an allgemeinen EU-Direktzahlungen erhalten. Bei 1,5 Vollarbeitskräften im Betrieb sind das umgerechnet weniger als 5.000 Euro je Arbeitskraft im Jahr.

Das Anliegen der AbL sei nie gewesen, von staatlichen Prämien zu leben, sondern dass faire Preise für gute Lebensmittel unsere Arbeit bezahlen. Nur wenn rationalisierte Betriebe umgerechnet bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft im Jahr erhalten, sind diese Betriebe kostendeckend. Das stört unsere Märkte, so Frau Heubuch. Sie fordert Bundesminister Horst Seehofer auf, diese Wettbewerbsverzerrung politisch zu beenden.

Impressum

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Mute Schimpf, Anne Brid Leonhardt, Siegrid Herbst; Tel.: 023 81/49 22 89, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: redaktion@bauernstimme.de;

Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich

Satz: Gebr. Wilke GmbH, Hamm

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

WTO: Leere Versprechungen und ein kleiner Erfolg

Die Welthandelsorganisation beendet ihr Gipfeltreffen mit einem Kompromiss, der Exportsubventionen bis 2013 abbaut. Ernährungssicherung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung standen nicht auf der Tagesordnung

Bei den multilateralen Verhandlungen über Handelsregeln in Hongkong haben die Entwicklungsländer ihre langjährige Forderung durchgesetzt, dass die Exportförderung der Industrieländer im Agrarbereich bis 2013 abgebaut werden muss. Dieser Erfolg ist um so größer, als sie dafür bisher noch nicht den Forderungen der EU und anderer Staaten nachgeben mussten, ihre Märkte im Gegenzug für Industrie und Dienstleistungen vollständig zu öffnen. Bemerkenswert ist, dass dieser Kompromiss zu Stande kam, obwohl die Entwicklungsländer nicht mehr mit einer Stimme sprechen. Schwellenländer wie Brasilien und Indien rücken näher an die Interessen der Industrieländer heran und wollen mehr exportieren. Ärmere Länder, die sich in der sogenannten G90 Gruppe zusammengeschlossen haben, wollen dagegen ihre Märkte gegen Dumping vor allem auch von Agrargütern aus den Industriestaaten verteidigen.

Tauschpfand EU-Landwirtschaft griff nicht

Die Unzufriedenheit des Handelskommissars Mandelson über den Kompromiss erklärt sich daraus, dass seine Rechnung, die EU Landwirtschaft gegen Marktzugang für Industrieprodukte und Dienstleistungen einzutauschen nicht aufging. Auch das schön verpackte so genannte Entwicklungspaket, das mehr Hilfe für die ärmsten Länder beim Ausbau der Handelsinfrastruktur enthalten sollte, fand nicht den erwarteten Anklang. Es wurde nämlich schnell klar, dass das dafür versprochene Geld weder von der EU noch den USA abgesichert ist. Auch der von der EU bereits ge-

währte und von den USA und Japan mit Abstrichen unterstützte freie Marktzugang für die am wenigsten entwickelten Länder hat seine Einschränkungen und leeren Versprechungen.

Entwicklungsländer in der Zwickmühle

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass es in Hongkong überhaupt zu einem Kompromiss kam. Den Entwicklungsländern ist klar geworden, dass sie viel zu verlieren haben, wenn sie ihre Märkte weiter öffnen, und wenig gewinnen, wenn sie mehr billige Rohstoffe an die Industriestaaten verkaufen können. Sie sind aber in der Zwickmühle. Wenn sie dem Druck der Industriestaaten, die ihre lahmen Wirtschaften durch mehr Exporte ankurbeln wollen, nicht nachgeben, drohen diese ihre Entwicklungshilfe abzubauen. Sie müssen also ihren Weg zwischen Selbstbehauptung und Abhängigkeit finden. Freier Handel und Marktöffnung entpuppt sich da als Weg mit hohen Risiken.

EU-Exportsektor unzufrieden

Um ihre Volkswirtschaften zu entwickeln und ihre Ernährung zu sichern sind Schutzmaßnahmen gegen das vom Norden praktizierte Dumping nötig. Das ist im Bereich Baumwolle deutlich gewor-

den, in dem die westafrikanischen Länder besonders unter den US Subventionen zu leiden haben. Die USA haben sich in Hongkong bisher nur zum Abbau der Exportsubventionen durchringen können. Aber dieser erste Schritt

strumente zu erreichen. Das in Hongkong bis zum Ende umstrittene Datum für ein Ende der Exporterstattungen war nur der Hebel, mit dem Mandelson die Entwicklungsländer zum Einlenken beim Marktzugang nötigen



Bäuerinnen und Bauern aus Süd und Nord, Ost und West sprachen in Hongkong für sich selbst.

Foto: Burmann

wird auch in anderen Bereichen Agrarsubventionen auf den Prüfstand stellen. Mit dem Ergebnis von Hongkong ist die EU, vor allem die Exportsektoren, äusserst unzufrieden. Die Rechnung von Kommissar Mandelson, die Exporterstattungen im Agrarbereich gegen mehr Marktzugang in den Entwicklungsländern für Dienstleistungen und Industrieprodukte einzutauschen ging nicht auf. Zwar sind im Abschlusstext die Weichen in diese Richtung gestellt, aber es waren die Industrieländer, die den Gipfel retten mussten, weil sonst die Zukunft der WTO und der multilateralen Verhandlungen auf dem Spiel gestanden hätte. Hierfür lohnt es sich zu wissen, dass sich der Welthandel mit Agrargütern auf etwa 300 Milliarden US-Dollar beläuft, die Industriegüter und Dienstleistungen aber 10.000 Milliarden US-Dollar ausmachen.

Schlüsselthema qualifizierter Marktzugang

Die ständige Diskussion um die Landwirtschaft ist ein Ablenkungsmanöver. Kommissar Mandelson und die Handelsminister der EU Mitgliedstaaten haben kein Interesse, die notwendige Umorientierung der Agrarpolitik auf umwelt- und beschäftigungswirksame In-

wollte. Entscheidend für die jetzt sofort weitergehenden Verhandlungen in Genf wird sein, ob es den Entwicklungsländern gelingt, sich im Hinblick auf die für sie notwendigen Schutzmaßnahmen zu einigen, ohne die für sie notwendige Hilfe aufs Spiel zu setzen. Von daher ist der auch vom Europäischen Parlament geforderte qualifizierte Marktzugang ein Schlüsselthema. Auch die Nichtregierungsorganisationen müssen in dieser Hinsicht noch zu gemeinsamen Strategien finden. Während einige wie z. B. Oxfam immer noch den Marktzugang als zentrale Forderung stellen, sind immer mehr zu einer weit differenzierteren Forderung nach Förderung der ländlichen Entwicklung und des differenzierten Schutzes von Produkten gekommen.

Hannes Lorenzen, Berit Thomsen

Marktöffnung und das Fallbeispiel Rindfleisch

Bei der Öffnung der Agrarmärkte haben sich die Mitgliedstaaten der WTO schon vor dem Gipfeltreffen in Hongkong darauf geeinigt, dass der Zollabbau mit vier Zollbändern oder Zollniveaus durchgeführt werden soll. Damit werden hohe Zölle stärker abgebaut als niedrige. Aber weder die Höhe der Zollbänder noch die Senkung innerhalb der Bänder sind mit Zahlen festgelegt. Denn die Vorschläge liegen weit auseinander, am weitesten die der EU und USA. Am Beispiel Rindfleisch lässt sich darstellen, wie unterschiedlich die Vorschläge sind. Auf Rindfleisch wird derzeit ein Zoll von 78 Prozent erhoben, umgerechnet in die anzuwendenden Äquivalente der WTO. Nach dem EU-Vorschlag würde diese Zollhöhe in das dritte Zollband fallen und halbiert werden. Der Vorschlag der USA hingegen würde Rindfleisch in die vierte Kategorie der Zollbänder packen und sogar um 85 bis 90 Prozent senken wollen. Allerdings sind die Europäer bestrebt, Rindfleisch als sensibles Produkt zu deklarieren und weiterhin von einer Zollsenkung auszunehmen. Bei sensiblen Produkten muss aber ein erweiterter Marktzugang in Form eines Mengenkontingents gewährt werden. Die Prozentzahl ist noch Verhandlungsgegenstand. Dennoch ließ sich die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel zu einer Schätzung hinreißen: „Mit den aktuellen Vorschlägen Brüssels zur Zollsenkung würden die EU-Rindfleischimporte um 800.000 Tonnen auf 1,3 Millionen Tonnen steigen.“

Sozialversicherung nicht kürzen

An verschiedenen Stellen hat Bundesminister Horst Seehofer angekündigt, bei den Bundeszuschüssen zu den landwirtschaftlichen Sozialversicherungen nicht sparen zu wollen und Beitragssteigerungen für die Versicherten möglichst zu vermeiden. Er wolle vielmehr versuchen, den Mittelansatz für die Unfallversicherung wieder auf 200 Millionen Euro zu erhöhen. Die alte Bundesregierung hatte den Zuschuss an die Berufsgenossenschaften für das Jahr 2005 auf 150 Mio. Euro gesenkt, indem eine so genannte globale Minderausgabe von 50 Mio. Euro hier wirksam wurde; für die 150 Mio. Euro Zuschuss holte sich der Bund einmalig 45 Mio. Euro aus dem Sondervermögen der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Seehofer sagte ferner, dass er auch bei der Förderung von Investitionen, einschließlich der betrieblichen Diversifizierung, nicht sparen wolle. Kürzen muss er seinen Etat, der 2005 bei 5,1 Mrd. Euro lag, aber um wenigstens 100 Mio. Euro. Die Zuschüsse zu den Sozialversicherungen machen mit rund 3,7 Mrd. Euro 72 Prozent aus, gefolgt von den Bundesanteilen an der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (720 Mio. Euro bzw. 14 Prozent). *uj*

Bio-Preis für Schüler ausgeschrieben

Das Bundesministerium (BMELV) hat wieder den Schülerwettbewerb „Bio find ich Kuh-I“ ausgeschrieben, an dem sich Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 11 beteiligen können. Im Mittelpunkt steht diesmal „das Artgerechte“ im ökologischen Landbau: Wann und wo fühlen sich Schweine sauwohl? Warum baden Hühner gern im Staub? Wie helfen Regenwurm und Marienkäfer den Bauern? Es gibt Klassenausflüge, „Kuh-le Shirts“, Bücherkisten und – als 1. Preis – eine Fahrt nach Berlin zur Preisverleihung zu gewinnen. Einsendeschluss ist der 1.4.2006. Information: www.bio-find-ich-kuhl.de *pm*

Saldierung nur leicht eingeschränkt

Zur Neuregelung der Milchquotenverordnung gibt es leichte Bewegung unter den Bundesländern. Es scheint auf eine Einigung hinauszulaufen, dass die Molkereisaldierung auf 10 Prozent begrenzt wird und im Gegenzug die regionalen Übertragungsgebiete für den Quoten-Handel (Quoten-Börsen) für eine Übergangszeit in zwei Gebiete (alte Bundesländer / neue Bundesländer) zusammengefasst werden. Auch eine Begrenzung der Bundessaldierung ist im Gespräch. Wenn sich Bund und Länder Anfang des Jahres einigen, könnte die neue Regelung noch im Milchwirtschaftsjahr 2006/07, das am 1. April beginnt, greifen. *uj*

Kaum mehr Verbraucherinformation

Nachdem ein Verbraucherinformationsgesetz in der letzten Legislaturperiode zweimal am Widerstand des Bundesrates gescheitert war, hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz derzeit einen neuen Entwurf erarbeitet, der an die Öffentlichkeit gelangt ist. Danach soll es einen Anspruch der Verbraucher auf Information zu bestimmten Produkten nur gegenüber Behörden, nicht aber gegenüber Wirtschaftsbetrieben selbst geben. Angaben aus laufenden Ermittlungs- und Verwaltungsverfahren sollen ebenso wenig geöffnet werden wie Angaben, die Betriebe aufgrund gesetzlicher Meldepflichten an Behörden gegeben haben. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen kritisierte den Entwurf. Er gehe kaum über das hinaus, was bislang auch ohne diese Gesetz möglich war. Die Süddeutsche Zeitung zitierte aus Kreisen der SPD-Fraktion: „Das ist ein halbherziger Entwurf“, der Koalition stehe in dieser Frage ein „ziemlicher Konflikt“ bevor. *pm*

Bundesverdienstkreuz für Wolfgang Apel

Dem Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes Wolfgang Apel, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Neuland-Vereins für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung e.V. ist, wurde am fünften Dezember durch die Berliner Justizsenatorin Karin Schubert das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Er hat diese hohe Auszeichnung für sein außerordentliches Engagement für den Tierschutz erhalten. „Wir freuen uns über diese hohe Auszeichnung an unseren Vorsitzenden. Damit wird auch sein Engagement für die besonders tiergerechte Nutztierhaltung im Neuland-Qualitätsfleischprogramm gewürdigt“, so der Bundesgeschäftsführer des Neuland-Vereins, Jochen Dettmer. *pm*

Kurzes am Rande

Seehofer sorgt für Aufregung

Aussagen zum Ökolandbau und zur Gentechnik ernten deutlichen Widerspruch

Kurz nachdem sein neuer Entwurf für ein Verbraucherinformationsgesetz bekannt wurde und er damit in der Medienöffentlichkeit in die Defensive geriet, hat Bundesminister Horst Seehofer mit einem Interview in der Berliner Zeitung für einen Themenwechsel gesorgt. Auf die Frage der Berliner Zeitung, wie sich seine Politik von der seiner Vorgängerin Renate Künast abgrenzen werde, sagte er: „Es geht mir um eine bessere Koexistenz. Für mich sind konventionell wirtschaftende Bauern genauso wichtig wie Öko-Bauern.“ Die Berliner Zeitung machte daraus die Überschrift: „Seehofer hat Öko satt“ und schlussfolgerte, Seehofer wolle „die von Künast betriebene Bevorzugung des ökologischen Landbaus beenden“.

Bioland-Vorsitzender Thomas Dosch mahnte zu einer Versachlichung der Debatte um die Ausrichtung der zukünftigen Agrarpolitik. Eine Bevorzugung des Biolandbaus habe es in der Vergangenheit nicht gegeben. Vielmehr benachteilige die staatliche Förderstruktur insbesondere die Betriebe, die auf eine aufwändigere Qualitätsproduktion setzen. Es sei selbstverständlich begrüßenswert, wenn einem Agrarminister konventionell wirtschaftende Bauern genauso wichtig sind wie Bio-Bauern. Es ginge jedoch nicht um „Beziehungsfragen“. Mit Scheindebatten über eine angebliche Bevorzugung des Biolandbaus treibe Seehofer die Spaltung „Bio gegen Konventionell“, die er seiner Vorgängerin vorwerfe. Dosch sieht es als Aufgabe Seehofers, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die es möglichst vielen Betrieben erlauben, ökologischen Landbau zu betreiben – im Interesse von Umwelt- und Verbraucherschutz. *uj*

Gentechnik befördern

Ein zweiter Satz im Ministerinterview zur Agro-Gentechnik machte ebenfalls schnell die Runde: „Wir wollen die Gentechnik befördern.“ Damit zitierte Seehofer den Koalitionsvertrag von Union und SPD. Was er ändern wolle sei die Haftungsregelung. „Bislang haben die strikten Haftungsregeln den Landwirten den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen fast unmöglich gemacht“, zitiert die Zeitung den Minister. Laut Seehofer werde derzeit geprüft, ob Schäden, die durch Einkreuzung entstehen, von einem Fonds oder durch eine Versicherungslösung getragen werden könnten. Er schloss jedoch kategorisch aus, dass Steuermittel in einen Fonds fließen würden. Der Schutz von Mensch und Umwelt müsse aber gewährleistet bleiben, fügte er hinzu. Es gehe um eine vernünftige Nutzung der Gentechnik.

SPD'ler verärgert

Mit seiner Positionierung für die Förderung der Gentechnik handelte sich Seehofer auch vom Koalitionspartner SPD Ärger ein. Für die Bundestagsfraktion sagte Gustav Herzog: „In der Agrarpolitik wird es mit der SPD kein Zurück geben in Zeiten, wo die Politik reiner Erfüllungsgehilfe für die Agrarlobby war.“ Wenn sich die Agrarpolitik in Richtung weniger Öko und mehr Gentechnik bewegen sollte, dann ignoriere sie massiv die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Eine solche Politik träge auf deutlichen Widerstand der SPD-Bundestagsfraktion, kündigte Herzog an. Zum Ökolandbau sagte er: „Die Wachstumsraten der Biobranche suchen ihresgleichen in der gesamten Wirtschaft.“ *uj*



Wie alle Minister hat auch Horst Seehofer sich mit dem Eid auf die Verfassung dem Wohl der Gesellschaft verpflichtet. Foto: Bundestag

Milch und WTO

Schutzmechanismen für Kleinbauern in Nord und Süd forderten Experten auf einer AbL-Veranstaltung in Berlin

In Burkina Faso kaufen die Leute ein in LLäden, in denen manchmal kaum ein burkinisches Lebensmittel zu finden ist.“ Pater Maurice Oudet, Leiter der Misereor-Partnerorganisation SEDELAN führt weiter fort: „Zugleich haben wir das erschreckende Phänomen, dass die Bauern, deren Aufgabe die Ernährung der Welt ist, an Hunger sterben.“ Für ihn muss im Zentrum einer guten Welthandelspolitik deshalb die Anhebung der Zölle stehen, um den burkinischen Markt vor Billigeinfuhren zu schützen und so der eigenen Landwirtschaft die Möglichkeit zu geben, sich zu entwickeln.

Pater Oudet war auf Einladung von Misereor, AbL und Germanwatch nach Berlin zu deren Veranstaltung „Agrarhandel – wer profitiert? Herausforderungen für die WTO“ gekommen. Milch war dabei der Schwerpunkt, drei Studien wurden vorgestellt (siehe Randspalte) und diskutiert.

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der AbL, sprach mit ähnlichen Worten für die bäuerliche Landwirtschaft in Europa: „Wir haben das Recht und die Pflicht, in Europa Nahrungsmittel herzustellen.“ Die Entwicklung einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft, des Handwerks und der Leichtindustrie in den Entwicklungsländern müsse durch den Schutz gegen Billigeinfuhren überhaupt ermöglicht werden. Zugleich solle Europa den qualitativen Marktzugang für sich beanspruchen, das heißt den Import bestimmter Produkte zuzulassen, sie aber in Bezug auf soziale, ökologische und ökonomische Kriterien hin zu überprüfen. Dabei erhobene Abgaben sollten in Entwicklungsländer gezielt zurückgehen.

Auch Stephan Klaus Ohme vom Entwicklungsministerium betonte: „Eine bäuerliche Landwirtschaft im Süden sei nur möglich, wenn auch der Norden eine Agrarpolitik für die bäuerliche Landwirtschaft mache.“ Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik hingen eng zusammen und müssten sich ergänzen. Es nütze beispielsweise nichts, wenn die Rindfleischproduktion in Westafrika gefördert werde, zugleich aber die EU ihre Rindfleischüberschüsse mit Exportsubventionen auf dem westafrikanischen Markt verschleudere.

Doch Schutzzölle allein seien auch kein Weg: Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, vertrat

die Position, dass ein ausgewogener Weg zwischen Liberalisierung und Außenschutz gefunden werden müsse. Die „Tigerstaaten“ etwa seien sehr erfolgreich den Weg des graduellen Fortschritts gegangen. „Der Zollabbau muss unterschiedlich schnell vonstatten gehen, je nachdem ob es sich um ein Industrieland, ein Schwellenland oder ein Entwicklungsland handelt.“

Für Adalbert Kienle vom DBV ist eine besondere Behandlung für Entwicklungsländer ebenfalls akzeptabel, nicht jedoch für die Schwellenländer. Für die EU lehnte er weitere Angebote ab.



Pater Maurice Oudet aus Burkina Faso fragte, warum Bauern hungern. Fotos: Korpeter

„Agrarhandel – wer profitiert?“ – nicht die Milchbauern in Burkina Faso, und auch nicht die Milchbauern in Europa, die mit den stetig sinkenden Milchpreisen zu kämpfen haben. Klar ist jedoch, dass sämtliche Liberalisierungsschritte immer auf ihre realen Auswirkungen für die Menschen hin zu überprüfen sind. Und die EU muss zusehen, dass sie ihre eigene Agrarpolitik in Ordnung bringt. Von vernünftigen Rahmenbedingungen für eine bäuerliche Landwirtschaft kann angesichts der massiven Ungleichverteilung der Agrarsubventionen und des Weiterbestehens der Exportsubventionen noch keine Rede sein.

Sonja Korpeter

Die Veranstaltung wurde mit gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Kurzes am Rande

Vom deutschen Euter bis Afrika

Wo bleibt eigentlich der größte Batzen von den europäischen Exportsubventionen für Milch? Jedenfalls nicht beim kleinen Bauern. Diesen Schluss zog Tobias Reichert in seiner Studie „Von Milchseen und Schleuderpreisen“, die von Misereor herausgegeben wurde. Nach seinen Berechnungen erwirtschaftet ein Bauer Mustermann, dem ein durchschnittlicher Milchviehbetrieb mit 35 Kühen in Baden Württemberg gehört, einen Jahresgewinn von rund 16.000 Euro, wovon 8.000 Euro Subventionen sind. Weiterhin hat er berechnet, dass auf überschüssiges Milchpulver mehr als 30 Prozent an Exportsubventionen draufgeschlagen werden muss, um dieses beispielsweise lukrativ nach Burkina Faso verkaufen zu können. Daran verdienen dann die auf Export ausgerichteten Molkereien oder Exportfirmen wie Moproexport, während hiesige Bauern und Milchbauern etwa in Burkina Faso mit niedrigen Milchpreisen zu kämpfen haben. Berit Thomsen



Tobias Reichert

Die Studie ist für 2,80 Euro zu beziehen unter: 0180-5200210 oder bestellung@eine-welt-mvg.de

EU-Milchpulver: Der Feind Nummer Eins

Greift der Verbraucher in Burkina Faso in Westafrika zur wiederaufbereiteten Milch aus EU-Milchpulver, dann zahlt er 60 Cent den Liter. Ein Liter lokal produzierte Milch kostet im Laden 90 Cent. „Das Milchpulver aus der EU wird bei uns zu Schleuderpreisen verkauft und ist der Feind Nummer Eins für die lokalen Milchbauern“, sagt Pater Maurice Oudet. Er stellte in Berlin seine Studie „Agrarsubventionen schaffen Armut“ vor. Im Auftrag der katholischen Hilfsorganisation Misereor untersuchte er die Auswirkungen des durch Subventionen künstlich verbilligten EU-Milchpulvers auf die lokale Wirtschaft in Burkina Faso. Die ist durch eine geringe Produktion und Wettbewerbsfähigkeit geprägt, da billiges importiertes Milchpulver eine Entwicklung des nationalen Milchsektors verhindert. bet

Die Studie ist für 2,80 Euro zu beziehen unter: 0180-5200210 oder bestellung@eine-welt-mvg.de

EU-Milchpolitik ermöglicht Schleuderpreise

„Bei fast allen Milch-Produkten ist die EU der größte Anbieter auf dem Weltmarkt“, sagt Martin Hofstetter, Autor der Studie „Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus der Sicht bäuerlicher Organisationen in Nord und Süd“. Die hatten AbL und Germanwatch im Rahmen eines vom BMZ geförderten Projektes in Auftrag gegeben. Die EU produziert Überschüsse, obwohl die EU-Milch im weltweiten Vergleich teuer ist. Und trotzdem soll die Milchquote noch um weitere 1,5 Prozent ausgedehnt werden. Das besagt die jüngste Milchmarktreform, die auch die Senkung der Interventionsmengen und -preise vorsieht. „Es ist zu erwarten, dass die Milcherzeugerpreise künftig stärker schwanken werden und der wirtschaftliche Druck auf die Milcherzeuger zunimmt“, prognostiziert Hofstetter. Als einen notwendigen Reformschritt fordert er in der Studie die umgehende Reduzierung der Milchmenge in der EU in Richtung Eigenbedarf. Das würde auch innerhalb der EU den Druck auf die Milcherzeuger nehmen, wenn die EU den subventionierten Export von Milchprodukten auch in Entwicklungsländer beendet. bet

Die Studie ist kostenlos zu beziehen unter: 02381-9053172 oder thomsen@abl-ev.de



Martin Hofstetter

Milcherzeuger schaffen Arbeitsplätze

Von Mitte bis Ende Juli haben 15 Maschinenringe Niedersachsens die Milchviehhalter befragt, was sie in den nächsten fünf Jahren investieren würden, wenn es kostendeckende Milchpreise geben würde. Die Auswertung hat ergeben, dass die 988 Milcherzeuger, die den Fragebogen ausfüllten, in den nächsten Jahren 215 Mio. Euro in ihren landwirtschaftlichen Betrieben investieren würden. Vornehmlich würden die Investitionen von regionalen Unternehmen erledigt werden. Die Autoren betonen, dass ein Erhöhen des Erzeugermilchpreises um wenige Cent auf ein kostendeckendes Niveau einen bedeutenden Schub für die Wirtschaft der ländlichen Regionen in Niedersachsen brächte und das ganz ohne öffentliche Mittel. *sk*

Offene Deklaration gekippt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Anfang Dezember in einem Urteil den Interessen der Mischfutterindustrie nachgegeben und sich dagegen ausgesprochen, dass die Hersteller den Bauern auf Anfrage sagen müssen, mit welchen genauen Prozentanteilen die Einzelkomponenten im Mischfutter vertreten sind. Gegen diese Verpflichtung, im Jahr 2002 als eine Konsequenz aus der BSE-Krise erlassen, hatten europäische Mischfutterhersteller geklagt. Nun bleibt es lediglich bei der Pflicht für die Hersteller, die Futtermittel-Ausgangserzeugnisse in absteigender Reihenfolge mit ihren ungefähren jeweiligen Gewichtsprozenten anzugeben; hier gewährt der Gesetzgeber aber eine Toleranzspanne von $\pm 15\%$ des angegebenen Wertes. Das Gericht sah in der Deklarationspflicht die Interessen der Industrie zu stark verletzt, ohne dass der Verbraucherschutz davon viel habe. *uj*

NFZ drückt Ferkelpreise für Kleine

Sauenhalter, die pro Partie weniger als 100 Ferkel und im Jahr weniger als 4.000 Ferkel abliefern, sollen von der NFZ-Erzeugergemeinschaft (Norddeutsche Fleischzentrale) ab Januar 2006 pro Ferkel bis zu 8 Euro abgezogen bekommen. Bei einem Preis von derzeit etwa 45 Euro wären das rund 18 Prozent. Bei der Zucht- und Nutzvieh Vermarktungsgemeinschaft (ZNVG) sind noch höhere Abzüge für kleine Sauenbetriebe geplant: Die Grundnotierung soll hier nur noch für Partien mit mehr als 200 Ferkeln gelten. Die Stafelung zu Lasten kleiner Mengen soll bei Lieferung von unter 100 Tieren Abzüge von 12 Euro je Tier auslösen. Das meldet „top agrar“ in seiner neuen Ausgabe. Als Begründung für die Bestrafung kleiner Gruppen wird der starke Importdruck aus Dänemark und den Niederlanden genannt. Auch in Bayern und Baden-Württemberg zeichnet sich ab Januar 2006 eine Änderung der Ferkelnotierungen mit einer Schlechterstellung kleiner Gruppen ab. Exportorientierte Erzeugergemeinschaften fordern laut dlz-Magazin Abschlüsse für Partien unter 100 Ferkeln. *uj*

1.500 Bauern bei IG-Milch-Versammlung

1.500 Mitglieder reisten zur Jahreshauptversammlung der österreichischen IG-Milch an. Obwohl die Milchsituation gerade keinen Anlass zur Freude gibt, war die Stimmung positiv. Vorstand und Mitglieder waren sich einig, dass nur durch gemeinsame Aktionen und Proteste ein fairer Milcherzeugerpreis zu erreichen sei. „Damit die bäuerlichen Betriebe überleben können“, betonte Ewald Grünzweil, Vorsitzender der IG-Milch. Neben Berichten zu Aktivitäten der Milchbauern in anderen europäischen Ländern, wurde auch das Thema gentechnikfreie Milch hart diskutiert. Die österreichischen Molkereien wollten gentechnikfreie Milch, seien jedoch nicht bereit, einen Milchpreis zu zahlen, der die zusätzlichen Kosten widerspiegeln. Die Milchpreisforderung von 40 Cent je Liter soll in den nächsten Monaten weiterhin verbreitet werden. *sk*

Kurzes am Rande

Was vor dem Milchstreik steht

Streik ist ein Mittel, ein höherer Milchpreis das Ziel. Um verhandeln zu können, braucht der BDM zuerst das Mandat vieler Milchbauern

Hiermit erteile ich dem Bundesverband deutscher Milchviehhalter ein Verhandlungsmandat zur Durchsetzung eines Basispreises für Milch. Dieser Basispreis gilt für alle Molkereien in Deutschland. Ich verpflichte mich zur Teilnahme an einem Lieferboykott zur Durchsetzung des Basismilchpreises bei Scheitern der Verhandlungen und nach erfolgter Urabstimmung.“ So lautet die Erklärung, die Mitglieder des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM) unterschreiben können, sobald der Verband ausreichend viele Milcherzeuger vertritt.

Der BDM hat es sich zum Ziel gesetzt, die deutschen Milchviehhalter unter einem eigenen Dach zu vereinen. Mit so gestärkten Kräften sollen gemeinsam in Verhandlung mit der abnehmenden Seite, den Molkereien und ihren Verbänden, kostendeckende Preise erstritten werden. „Wir müssen uns Bauern mobilisieren, damit wir mit den Molkereien auf Augenhöhe sind. Dazu müssen wir bereit sein, den letzten Schritt zu machen“, spielt Romuald Schaber, Vorsitzender des BDM, offen auf einen möglichen Streik an. „Konsequenz muss sein“, sagt er. Der Milchbauer aus dem Allgäu findet klare und eingängige Worte auf den Informationsveranstaltungen des BDM im ganzen Land. Von denen gibt es jetzt in den Wintermonaten wieder zahlreiche.

Mit Konsequenz dabei sein bedeutet für den BDM, nicht auf der Stufe der Preisforderung von 40 Cent stehen zu bleiben, sondern sich im Notfall auch mit einem Milchlieferboykott dafür einzusetzen, ei-

nen für die Bauern kostendeckenden Milchpreis auch durchzusetzen. „Entweder hundert Prozent unserer Milch für den angesetzten Preis oder gar keine Milch“, lautet die Devise.

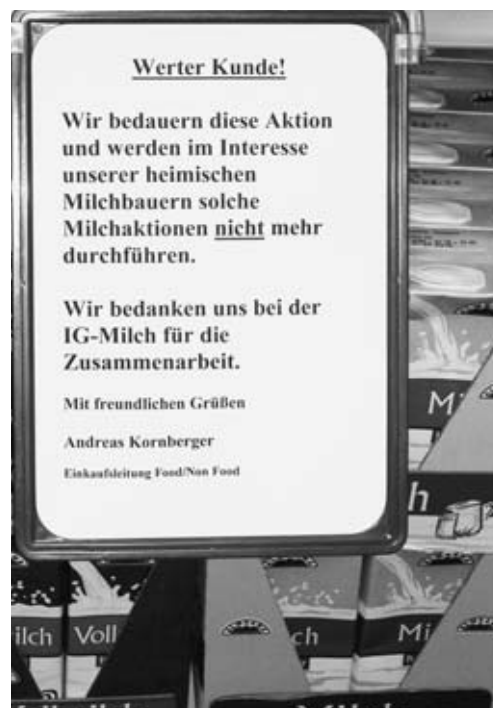
Den Preis verhandeln!

Milchviehhalter können dem BDM das „Verhandlungsmandat“ übertragen, indem sie schriftlich erklären, dass sie in Zukunft keine Milch mehr unter einem vom BDM empfohlenen Mindestpreis abgeben, also in einen Lieferboykott treten, falls die Preisverhandlungen mit der Molkereiwirtschaft nicht zum gewünschten Ergebnis führen. Praktisch geht das so:

Sind ausreichend viele Milchviehhalter dem BDM beigetreten, führt der Verband Verhandlungen mit der Molkereiwirtschaft bezüglich eines deutschlandweiten Basispreises, der ein Jahr lang gelten soll. 40 Cent pro Liter Milch sind das angestrebte Ziel. Das Ergebnis der Verhandlungen wird an alle Milcherzeuger weitergeleitet, die dem BDM das Verhandlungsmandat übertragen haben. Sie entscheiden dann per Urabstimmung in schriftlicher Form über die Annahme oder Ablehnung des ausgehandelten Basismilchpreises. Wird der erzielte Basismilchpreis von einer Mehrheit der Milcherzeuger akzeptiert, dann gilt dieser Preis für ein Jahr in Deutschland. Bei Ablehnung des Verhandlungsergebnisses erfolgt ein unbefristeter Lieferstopp, solange bis die Milchindustrie einlenkt und den geforderten Basispreis akzeptiert.

Milchlieferstopp

Der Milchlieferstopp ist laut BDM das Druckmittel der Milchviehhalter, um ihre Forderungen nach einem kostendeckenden Preis durchzusetzen. Entscheidend sei hierbei das gemeinsame Vorgehen. Deshalb sollen die Verhandlungen und damit auch ein eventueller Milchlieferstopp erst angegangen werden, wenn mindestens 60 Prozent der Milchmenge in Deutschland vom BDM vertreten wird. Weiterhin besteht eine enge Zusammenarbeit mit Milcherzeugerverbänden in zehn anderen europäischen Ländern, die ebenfalls den Milchstreik vorbereiten (siehe Bauernstimme 12/05). Der BDM ist überzeugt, dass ein gut organisierter und weit verzogter Milchstreik Erfolg zeigen wird und der kostendeckende Milchpreis greifbar ist.



Aufgrund einer Aktion der österreichischen IG Milch gegen eine Billigmilchaktion in 318 „Zielpunkt“-Märkten beendete die Kette ihre Aktion. Foto: IG Milch

Sonja Korpeter

40 Cent nutzen Nord und Süd

Experten auf der AbL-Versammlung in Altenkirchen einig:
Kostendeckende Milchpreise müssen her – und zwar schnell

Milchbauern in allen wichtigen Erzeuger-Ländern Europas organisieren sich derzeit im Kampf für gerechte Milchpreise. Landesweit, europaweit und letztlich auch in Kooperation mit den Milchbauern in den Entwicklungsländern muss der Kampf geführt werden. Gemeinsam mit internationalen Experten diskutierten die AbL-Milchbauern auf der Bundesversammlung Ende November in Altenkirchen Strategien fürs nächste Jahr.

Die Stimmung ist geladen. Die europäische Politik macht keine Anstalten, sich um kostendeckende Preise für ihre Bauern zu bemühen. Im Gegenteil: 1,5 Prozent mehr Quote werden wohl demnächst am Markt sein. Der Bauernverband (in dem Fall in Österreich) bezeichnet seine Bergbauern-Klientel als Museumsbetriebe in den Augen der EU und in Frankreich steigen zwar die Ladenpreise für Milch, nicht aber die für die Milcherzeuger.

Kooperationsversuche mit Molkereien, Handel und Politikern stehen in 2006 deshalb eher nicht mehr auf der Tagesordnung.

IG Milch in Österreich

Die Bauern der IG-Milch in Österreich stecken schon mitten in der Planung für einen Milchlieferstopp. Der „Verband österreichischer Grünland- und Rinderbauern“ (IG Milch) hat zwar seit seiner Gründung 2004 nach spektakulären Protesten bei Supermärkten fast sensationelle Zugeständnisse von den Ketten erreicht – bloß ist von den Mehrpreisen im Handel wenig bei den Bauern angekommen.

„Wenn es 2006 keinen Durchbruch an der Preisfront gibt, brauchen wir nicht mehr darüber zu sprechen“, findet IG-Milch Sprecher Ernst Halbmayr. Und: „Ein Lieferstopp muss so organisiert sein, dass er einschlägt.“ Eine zweite Chance gebe es nicht und deshalb müsse die Vorbereitung intensiv sein: Die Verbraucher müssten ins Boot. Die IG-Milch hat bereits eine Medienkampagne gestartet. Gleichwohl: „Der wichtigste Faktor ist der Organisationsgrad der Milchbauern“, appelliert Halbmayr an seine Kollegen. „Um für die ganze Produktpalette 40 Cent durchzusetzen, brauchen wir europäische Verbündete, damit bei einem Streik nicht Billigmilch aus Norddeutschland oder der Bretagne kommt.“

Die IG-Milch hat bereits 40 Prozent der österreichischen Milchmenge hinter sich.

Die Vorbereitungen laufen, damit ein Milchstreik ab Herbst 2006 oder später durchgeführt werden könnte.

BDM in Deutschland

Das deutsche Pendant, der Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM und BDM Nord), vereint derzeit 25 Prozent der Milchmenge im Land. Im nächsten Jahr wird es wohl eine Fusion der beiden Teilorganisationen geben, so BDM-Vorsitzender Romuald Schaber. Gemeinsames Ziel soll dann das Verhandlungsmandat sein. Das heißt, die Mitglieder ermächtigen den BDM, Milchpreisverhandlungen mit den Molkereiverbänden für sie zu führen. Hierfür braucht der BDM aber 50 Prozent der bundesdeutschen Milch, so Schaber. Er wollte deshalb mit einem Streiktermin nicht ganz so vorsehen wie sein österreichischer Kollege. Aber die Infoarbeit bei den Bauern läuft auf Hochtouren. Der BDM lässt den Lieferstopp derzeit kartellrechtlich prüfen.

Die Bauern müssen ihre Preisforderungen auf jeden Fall mit angemessener Frist vor einem Streik in die Öffentlichkeit tragen,

cia Kolmans von der kirchlichen Organisation Misereor gab ein bizarres Beispiel: Die Frauen in Burkina Faso müssen ihren Joghurt mit gedumpte Milchpulver aus der EU herstellen. Denn einheimische Milch gibt es im Handel kaum noch zu kaufen – sie ist doppelt so teuer wie die Billigimporte aus Europa und damit nicht absetzbar.

Kolmans fordert: „Europäische Milch darf nicht unterhalb der Produktionskosten der Bauern auf den Weltmarkt gelangen. Die Produktion im Norden muss an die Nachfrage in der EU angepasst werden.“ Damit rennt sie zumindest bei den europäischen Kollegen in Altenkirchen offene Türen ein. Ernst Halbmayr freut sich, dass die Milch jetzt auch bei den Entwicklungshilfeorganisationen Thema wird, so könne man gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit machen.

Von einer Zusammenarbeit zwischen Milchbauern hier und entwicklungspolitischen Organisationen konnte Bernd Voß, stellvertretender AbL-Vorsitzender berichten: AbL, Misereor und Germanwatch sind dazu mehrmals auf Politik und Öffentlich-



„Die Milchbauern müssen ihre Preisforderungen europaweit koordinieren“, fordert Romuald Schaber, BDM-Vorsitzender (linkes Bild Mitte) auf der AbL-Bundesversammlung. Das neu gegründete European Milk Board (siehe Bauernstimme 12/05) sei dafür ein guter Grundstein (mit im Bild: Josef Jacobi [l.] und Ernst Halbmayr, im rechten Bild der französische Gast Raymond Penhouet).



Fotos: Dagenbach

erklärte Schaber. Sechs bis sieben Monate lang müssen die Verbraucher aufgeklärt werden: „10 Cent mehr für den Liter Milch oder wir können und wollen nicht mehr liefern.“ Wenn dann auch nur ein Bauer seine Milch unter dem Einstandspreis verkaufen müsse, könnte der BDM den Streik starten. Schaber ist zuversichtlich, dass der BDM bald „knallharte Preisforderungen“ an die Molkereien stellen wird: „Entweder ihr nehmt 100 Prozent unserer Milch zum kostendeckenden Preis oder ihr bekommt gar nichts.“

Preisproblem international

Europäische Milch, die zum Weltmarktpreis produziert werden soll, zerstört nicht nur hierzulande bäuerliche Existenzen. Ali-

keit zugegangen, um die gemeinsamen Interessen deutlich zu machen.

Und so kam auch das Thema WTO in Altenkirchen zur Sprache: „Im WTO-Gerangel, wo es nur um die Interessen des Handels und der Konzerne geht, müssen die Bauern in Nord und Süd Allianzen schließen“, rief Romuald Schaber auf. Seine Kernforderung: „Ernährungssouveränität für alle Länder“. Das bedeute, dass auch Europa einen Außenschutz brauche, damit ein Milchpreis von 40 Cent je Liter nicht durch billige Importe unterlaufen werde.

Elke Dagenbach

Franzosen kämpfen um Milchprämie

„Die Milchprämie gehört uns“, argumentieren französische Molkereien derzeit frech gegenüber Milchbauern und versuchen damit zu rechtfertigen, dass sie Erzeugerpreise entsprechend abgesenkt haben. „In anderen europäischen Ländern sind die Milchpreise niedriger, Frankreich muss nachziehen“, bekommen die französischen Milchbauern ebenfalls zu hören. Das berichtete in Altenkirchen Raymond Penhouet, Milchbauer in der Confédération paysanne. Er ist sauer auf die Molkereigenossenschaften. Auch der Staat fokussiere den Strukturwandel und setze voll auf den Weltmarkt. Sein Appell: „Die europäischen Bauern sollten schlauer sein als die Molkereien und die Politiker und sich gemeinsam für gerechte Preise organisieren. Gemeinsam haben wir die Macht.“

Hofkäseereien in Polen eröffnet

Mit tatkräftiger und finanzieller Unterstützung aus Deutschland sind im Nordosten Polens zwei neue Hofkäseereien erbaut worden. Die internationale Umweltstiftung Euronatur führt dort seit drei Jahren mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ein Projekt zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung durch. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten besteht darin, den für die Region typischen kleinstrukturierten Milchviehbetrieben alternative Einkommensquellen aufzuzeigen. „Die Eröffnung der Hofkäseereien ist ein Meilenstein für die ländliche Entwicklung und den Naturschutz in der Narew-Region“, betont Lutz Ribbe, Direktor der umweltpolitischen Abteilung von Euronatur. Der Aufbau der kleinen Hofkäseereien wurde mit finanzieller Unterstützung des nordrhein-westfälischen Umweltministerium seit Projektbeginn gezielt gefördert. „Dass der Käse von der Narew bereits jetzt reißenden Absatz auf den regionalen Märkten bis hin nach Warschau findet, zeigt, dass unser Konzept richtig ist. Nachhaltige Regionalentwicklung stärkt die Wirtschaft, schafft Arbeitsplätze und schützt gleichzeitig Umwelt und Natur“, erläuterte Ribbe. *pm*

Gentechnikfreie Regionen Polens

Nachdem die polnische Wojewodschaft Oppeln im Südwesten Polens sich zur gentechnikfreien Region erklärt hat, bekennen sich nun vierzehn der sechzehn Wojewodschaften Polens deutlich zu einer Landwirtschaft ohne Gentechnik. Die ersten gentechnikfreien Regionen wurden von Landwirten aus der Region Strzów im Süden Polens und der Gemeinde Chmielnik in der Wojewodschaft Podkarpackie gegründet. Informationen im Internet: http://icppc.pl/pl/gmo/de_index.php *pm*

AbL kritisiert Kammer-Versuche mit GVO

Der AbL-Landesverband Nordrhein-Westfalen (AbL NRW) hat die Landwirtschaftskammer NRW wegen deren Beteiligung an Anbauversuchen mit gentechnisch verändertem Mais scharf kritisiert. In Werne, Kreis Unna, wird laut AbL NRW seit 1999 versuchsweise gentechnisch veränderter Mais des weltweit führenden Saatgutkonzerns Monsanto angebaut. Monsanto gibt das Versuchsdesign vor, erhebt Daten und pachtet nach eigenen Angaben die Flächen vom Landwirt. Die Landwirtschaftskammer führt alle Feldarbeiten mit eigenen Maschinen durch und betreut den Versuch. Mit ihrer Beteiligung mache die Kammer gentechnischen Anbau hoffähig, kritisierte Erika Kattenstroth, Vorsitzende der AbL NRW. Die Kammer solle stattdessen Fragen beantworten, wie die Mehrheit der Bauern und Bäuerinnen weiterhin garantiert ohne Gentechnik wirtschaften könne. Die AbL NRW, die vor der Hauptversammlung der Kammer demonstrierte, fordert die Kammer auf, den Versuch zu stoppen und eine ergebnisoffene Diskussion über die Risikotechnologie „GVO-Landwirtschaft“ in den Gremien und öffentlich mit den Bauern und Bäuerinnen zu führen. *pm*

Archiv Ökologische Agrarkultur

Mit dem Ziel, Materialien zur Geschichte der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft zu sammeln und aufzubereiten, ist Anfang Dezember in Kassel der Verein „Archiv Ökologische Agrarkultur“ gegründet worden. Die Archivgründer – Verbände, Institute und Einzelpersonen – wollen beispielsweise Nachlässe von Pionieren der Ökologischen Agrar- und Lebensmittelkultur aufbewahren und so Wissen erhalten. Das Archiv wird in Witzenhausen (Nordhessen) angesiedelt, um von der Nähe des ebenfalls dort ansässigen Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel zu profitieren. Kontakt: Archiv Ökologische Agrarkultur, Immo Lünzer, Tel.: 06154-6242-07, Fax: -08, E-Mail: Immo.Luenzer@gmx.de. *pm*

Fortbildungskurs Regionalmanagement

Die Akademie der Katholischen Landjugend (KLJB) führt im Jahr 2006/07 zum dreizehnten Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen. Der Kurs setzt sich aus fünf Blöcken zwischen März 2006 und März 2007 zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen. Informationen: Akademie KLJB, Tel. 02224-9465-40, www.akademie.kljb.org. *pm*

Kurzes am Rande

AbL-Protest vor Lidl-Zentrale

Aktion in Neckarsulm gegen „Verramschen von Lebensmitteln, Umwelt und Menschenrechten“

Gemeinsam mit dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac und der Fair-Handels-Organisation BanaFair haben Mitglieder der AbL vor der Lidl-Firmenzentrale in Neckarsulm gegen die Einkaufspolitik und die mangelnde Transparenz des Lidl-Konzerns protestiert. „Lidl verramscht Nahrung, Umwelt, Menschenrechte“ stand auf einem großen Transparent, mit dem die Aktivisten – unterstützt von einer Kuh – die Zufahrt zum Firmengelände blockierten.

In Deutschland drücke Lidl die Preise immer weiter nach unten, sagte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. „Die Bauern erhalten einen Milchpreis, der schon lange nicht mehr kostendeckend ist. Daran hat auch Lidl seinen Anteil. Mit dem Preisdruck macht Lidl kleine Höfe kaputt und zerstört die bäuerliche Landwirtschaft. Das lassen wir uns nicht mehr bieten“, so Janßen in Neckarsulm. „Eine nachhaltige

Ekuadors. Für die billigen Bananen bei Lidl bezahlen die Menschen in Ecuador einen hohen Preis.“

Lidl bekommt seit Wochen Druck von gleich mehreren Seiten: Lidl beschneide die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich in Betriebsräten oder gewerkschaftlich zu organisieren, beklagt die Gewerkschaft Verdi und zog vor Gericht. Auch bei der von Greenpeace in Auftrag gegebenen Untersuchung von Obst und Gemüse in verschiedenen Ketten schnitt Lidl schlecht ab und dann auch noch auf einer Rangliste, bei der der Hauptkonkurrent Aldi oben landete.

Ein erstes Ergebnis ihrer Aktion können AbL, Attac und BanaFair bereits verbuchen: Am 7. Dezember kamen Vertreter der Verbände mit Lidl-Vorstandschef Klaus Gehrig „auf neutralem Boden“ in Frankfurt zusammen. „Die Proteste zeigen Wirkung“, so die Einschätzung der drei Verbände.



Lidl steht öffentlich stark unter Druck – hier durch eine Aktion von Bauern, Attac-Aktivisten und Entwicklungspolitikern. Foto: Thomsen

Milchproduktion, die qualitativ hochwertige Lebensmittel und gute Arbeitsbedingungen garantiert und sowohl umwelt- als auch sozialverträglich ist, wird bei Lidl-Dumpingpreisen unmöglich.“

Mit einer Kette aus Lidl-Einkaufswagen demonstrierten Attac-Aktivisten. „Legt die Karten auf den Tisch und sorgt für anständige Produktionsbedingungen“, forderte Jutta Sundermann von Attac. Was Lidl mit seiner gewaltigen Marktmacht in anderen Produktionsländern anrichtet, erläuterte Natalia Landívar aus Ecuador, die eng mit der LandarbeiterInnen-Vereinigung FENACLE und Fair-Handels-Organisation BanaFair kooperiert. „Die Beschaffungspolitik marktbeherrschender Konzerne wie Lidl ist mitverantwortlich für die gravierende Verschlechterung sozialer und ökologischer Bedingungen auf den Bananenplantagen

Themen des Gesprächs waren unter anderem die gerechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Bananenarbeitern in Ecuador, von Milchbauern in Deutschland und den Lidl-MitarbeiterInnen. Während Lidl bei einigen Fragen weitere Diskussionen anbot und mögliche Veränderungen in Aussicht stellte, wurden andere Forderungen, etwa nach mehr Transparenz bezüglich der verschachtelten Firmenstruktur oder gewerkschaftlichen Betriebsräten, entschieden zurückgewiesen.

Attac, AbL und BanaFair wollen den Druck auf Lidl darum aufrechterhalten: „Das Preis-, Umwelt- und Sozialdumping bei Lidl muss gestoppt werden“, sagte Thomas Löding. „Wir werden mit aller Schärfe weiter protestieren, denn nur dann können tatsächliche Änderungen erreicht werden.“

Betriebsspiegel

Bioland-Betrieb in Schleswig-Holstein
45 ha Acker (Futterbau, Marktfrucht)
62 ha meist natürliches Grünland
60 Kühe mit weiblicher Nachzucht
45 Bullen

Oh, ich bin ein dynamischer Wachstumsbauer. Zum ersten Mal seit 1992 haben wir Land dazugepachtet. Ich kam mir schlau vor dabei. Schön blöd war ich.

Angefangen hatte alles Ende Januar 2005. Bei uns im Dorf war die Hölle los. Bei meinem Silofahrkollegen wurden bei einer Routinekontrolle verhungerte Kühe im Stall gefunden. Eine lange, traurige Geschichte fand hier ihren Abschluss. Staatsanwaltliche Ermittlungen, amtstierärztliches Einschreiten, Medienrummel, schließlich: Auflösung des Tierbestandes. Nach drei Tagen waren alle seine Tiere weg. Nach weiteren drei Tagen waren seine Pachtflächen von anderen Bauern übernommen. Nur

das Depenauer Feuchtgrünland nicht. Das wollte keiner haben, das Land im Moor, oder, wie die Bauern hier sagen: Bad Depenau. Wo man so schön nass werden kann. Man braucht breite Reifen am Trecker, damit man nicht absäuft, und wenn man fährt, geht es immer bergauf; denn man schiebt eine Bugwelle unter der Grasnarbe vor sich her.

Direkt nebenan hatte ich schon Flächen. Also bewarb ich mich um 7,5 Hektar Feuchtgrünland. Ich konnte gut noch etwas Jungviehweide gebrauchen.

Das war im letzten Frühjahr. Der Eigentümer (ein gewiefter, aber netter Großgrundbesitzer) und ich verhandelten. Für das Land nebenan zahle ich langfristig 110 Euro. Der Eigentümer sagte: „Ich brauch 180 Euro pro Hektar. Sie kriegen ja jetzt 115 Euro Grünlandprämie. Davon können Sie mir ruhig was abgeben.“ Wir verhandelten zäh. Vor

allem er. Wir landeten bei 170. Ich dachte trotzdem, ich hätte einen guten Deal gemacht. Denn ich hatte mündlich angefragt, ob das Land Schleswig-Holstein Interesse hat, diese Flächen im Vertragsnaturschutz ebenso zu fördern wie die Flächen nebenan. Amphibienschutz, so erfolgreich, dass sich der Mitarbeiter des Amtes für ländliche Räume bei der Vor-Ort-Kontrolle beschwerte, man könne die Koppeln nicht vermessen, ohne Frösche plattzutreten. Kein Problem, sagte das Land. Beantragen Sie, das wird bewilligt.

170 Euro Pacht, zuviel für das nasse Land, dachte ich. Aber angesichts von 115 Euro Grünlandprämie, 120 Euro Umstellungsförderung und 240 Euro Vertragsnaturschutzprämie rechnet sich das. Und die Flächen sind so nass; die sind einfach ohne Förderung nicht rentabel zu bewirtschaften.

Dann kam der Tag, an welchem Heide

Simonis nicht wieder gewählt wurde. Die große Koalition kam. Mit ihr der Landwirtschaftsminister Christian von Boetticher. Die meisten Bauern riefen: Hurra! Ich rief: Oh nein!

Zuerst wurde die Grünlandprämie gekürzt: von 115 auf 85 Euro je Hektar, 30 Euro je Hektar weniger. Umstellungsförderung für neue Flächen: ausgesetzt. 120 Euro je Hektar weg. Schon mal ein schönes Verlustgeschäft, das ganze.

Aber ich hatte ja noch den Antrag auf Amphibienschutz. Irgendwann ein Anruf vom Land. Die Liegenschaftsbuchauszüge und Flurkarten, die mit meinem Antrag eingegangen seien, sind ja von 1999, aus dem letzten Jahrtausend!! Da müsse ich wohl neue einreichen, aktuelle, sagte das Land. Schwachsinn, sagte ich, ging aber zum Katasteramt und holte neue. Die gleichen, aber mit neuem Ausstellungsstempel. 80 Euro und ein Vormittag in Kiel.

Ich reichte ein. Dann hörte ich lange nichts. Dann, irgendwann, ein dürres Schreiben. Abgelehnt. Das neue Land werde Vertragsnaturschutz nur noch in Natura 2000-Gebieten anbieten. Noch mal 240 Euro je Hektar weg.

Diejenigen Bauern, welche zu ihrem Grünland stehen, ihre Tiere weiden lassen und auch bereit sind, extensives Grünland zu bewirtschaften, sind der schwarzroten Koalition in Kiel offenbar gar nichts wert.

Dumm gelaufen. Ich habe jetzt überbeutertes Feuchtgrünland an der Backe hängen. Ansonsten läge es brach. So doof wie ich ist nämlich keiner weit und breit.

Matthias Stührwoldt

Dumm gelaufen

An einem Freitag hatte ich um 6 Uhr Amorgens ein bis dahin noch namenloses Fleckviehrind auf den Viehanhänger geladen und war seit einer Stunde unterwegs. An der letzten Ampel vor dem Schlachthof musste ich warten. Es wurde allmählich hell und ich bewunderte den schönen Sonnenaufgang, als mich zwei große schwarze Augen durch das Seitenfenster anschauten. Nein, es war nicht die Polizei, die sollte ich erst später treffen, und auch kein hilfesuchender Passant. Es war mein Rind, das sich durch die offensichtlich nicht richtig verschlossene Schweineklappe des Hängers gequetscht hatte. Es warf mir, auf die nächste Grünphase wartend, noch einen Abschiedsblick zu, bevor es zwischen dem Berufsverkehr davon trabte.

Im ersten Moment dachte ich, umdrehen, nach Hause fahren und so tun als ob nichts gewesen wäre. Aber da waren ja noch die Ohrmarken. Mir wurde klar, dass ich aus dieser Nummer nicht zu einfach herauskam. Ich sprang aus dem Auto und eine wilde Hetzjagd begann. Zunächst lief das Tier ungefähr einen Kilometer dem heranrollenden, hupenden und aufblendenden Berufsverkehr entgegen, ich wild gestikulierend hinterher, wohl wissend auf verlorenem Posten zu sein. Schließlich bog es in die Einfahrt einer Metzgerei. In mir keimte Hoffnung auf, dass das Tier sich doch eines besseren besonnen hatte. Dummerweise hatte das Gelände einen Hinterausgang, der an den ziemlich aufwendig gestalteten Sinnes- und Therapiergarten des örtlichen Altenheims grenzte. Die heimelige Atmosphäre des Gartens verfehlte seine Wirkung nicht und das Rind machte eine Pause. Es war



Bulliges Rind

allerdings zwischenzeitlich so verunsichert, dass ein Herankommen nur bis auf höchstens 30 Meter möglich war. Die Angelegenheit sprach sich im Altenheim schnell herum und die Bewohner und Mitarbeiter versammelten sich im Garten und auf den Balkonen. Es stellte sich heraus, dass einige Bewohnerinnen früher selbst mit Rindviehchern zu tun gehabt hatten. So mangelte es nicht an guten Tipps, wie das Tier wieder einzufangen sei. Zwischenzeitlich wurden auch schon erste Filme gedreht und den Herumstehenden von den Betreuerinnen Kaffee gereicht. Die mittlerweile mit zwei Fahrzeugen angerückte Polizei wollte die Situation zunächst nutzen, um Gelerntes anzuwenden und das Rind bei „Gefahr in Verzug“ zur Strecke zu bringen.

Der Rummel wurde dem Tier dann aber doch zu unheimlich und es sprang über einen Zaun auf das Gelände des benachbarten Kindergartens. Da die Kinder das Spektakel natürlich sofort interessiert aus den großen Fenstern beobachteten, wurde der Kindergarten postwendend von der Polizei evakuiert.

Zwischenzeitlich überzeugten mich zwei Polizistinnen, dass mein Rind ein so schönes und cleveres Tier sei, das es nicht verdient habe, auf dem Schlachthof zu landen.

Kurz darauf traf der Tierarzt des nahe gelegenen Safariparks ein. Drei Schüsse mit dem Betäubungsgewehr waren nötig, um das Rind, das inzwischen von einer Altenpflegerin Fortuna getauft worden war, zum Torkeln zu bringen. Glücklicherweise konnten wir das Tier

noch vor dem endgültigen Zusammenbruch mit vereinter Kraft auf den zwischenzeitlich geholten Hänger schieben. So fuhr ich, nachdem Fortuna wieder bei Sinnen und mir eine erste CD mit Fotos der Aktion überreicht worden war, unverrichteter Dinge wieder nach Hause. Dort angekommen lief sie zu ihren Artgenossen und tat so, als wenn nichts gewesen wäre. Wahrscheinlich um Nägel mit Köpfen zu machen, wurde Fortuna zwei Tage später bullig und natürlich auch gedeckt.

Adalbert Fricke

Betriebsspiegel

Nebenerwerbsbetrieb im Warburger Land (südliches Ostwestfalen)
25 ha
(6 ha Grünland, 19 ha Ackerland)
Mutterkuhhaltung

Vom regionalen Markt bis zum EU-Geld

Podium der AbL-Mitgliederversammlung diskutierte Wege der ländlichen Wirtschaftsentwicklung

Das war die erste AbL-Mitgliederversammlung nach der Bundestagswahl. Es war keine Abrechnung mit der alten Regierung, und auch keine mit der neuen – wie auch. Im Vordergrund standen agrarpolitische Themen: Milchpreis, gentechnikfreie Landwirtschaft, sozialgerechter fairer Welthandel, landwirtschaftliche Sozialversicherungen, regionale Qualitätsmärkte und natürlich die ebenfalls aktuelle Diskussion um die EU-Agrargelder.

Wofür das Geld?

Das Geld machte Minister Stefan Mörsdorf, Umwelt- und Landwirtschaftsminister des unionsregierten Saarland, zum Hauptthema seiner Ausführungen. Doch vorab lobte er die Personalentscheidungen für die Spitze des Bundesministeriums: „Es hätte schlimmer kommen können“, sagte er, wobei nicht klar war, ob er dabei nur über die Grenzen der Unionsparteien hinwegschaute.

Mörsdorf sprach sich dafür aus, an der Zusage der Mittel für die EU-Marktordnungen und die Direktzahlungen (erste Säule) festzuhalten. Das bedeute aber nicht, dass man über eine Erhöhung der Modulation auf 20 Prozent nicht reden könne: „Der Vorschlag des Kommissionspräsidenten Barroso in diese Richtung ist sehr überlegenswert.“ Der Minister forderte auf, frühzeitig danach zu fragen, wofür die Gesellschaft weiter bereit sei, die Landwirtschaft finanziell zu unterstützen. Das Geld müsse in den ländlichen Regionen auch ankommen. Er zeigte viel Sympathie für den Vorschlag der AbL, die Direktzahlungen auch an die Arbeit zu binden (siehe Kommentar auf Seite 2 dieser Ausgabe).

Regionale Chancen nutzen

Als zweite Hauptrednerin der Tagung zeigte Elsbeth Seiltz von der regionalen Partnerschaft „Unser Land“ die Chancen für regionale Qualitätsprodukte auf. Diese Solidargemeinschaft aus Verbraucherinnen und Verbrauchern, Bauern und Bäuerinnen und Handwerk hat vor rund zehn Jahren begonnen, gemeinsam und solidarisch nach Wegen zu suchen, die Chancen der Region zu nutzen. Anknüpfend an vorhandenen Betrieben zunächst im Landkreis Fürstfeldbruck wurde ein regionaler Absatz für ein umfangreiches Sortiment an Lebensmitteln hart erarbeitet. Mittlerweile hat sich der Ansatz auf alle Landkreise um München herum ausgedehnt. Wie das geht, davon gab Frau Seiltz nur eine Ahnung – es fehlte Zeit und Raum in Altenkirchen. „Es geht um den Wettbewerb um Qualität.

Aber technische Qualität reicht nicht. Faire Preise brauchen Zusatznutzen. Und die muss man kommunizieren!“

Frau Seiltz hatte eine Sensation mit nach Altenkirchen gebracht, die aber leider kaum ankam – zu weit weg schien es zu sein: Die Edeka Südbayern habe das Angebot unterbreitet, regionale Erzeugnisse nach dem Vorbild von „Unser Land“ in ihre 1.000 Filialen aufzunehmen. Auch Tengelmann habe großes Interesse an regionalen Qualitätsprodukten. „Das ist eine Riesenchance und eine Menge Arbeit“, forderte sie auf.

Problem Bauern

Doch sie kennt die Bauern. „Wenn es um höhere Preise geht, haben wir die größten Probleme mit den Landwirten“, warf sie zweifelnden Blicken und Äußerungen aus dem Publikum entgegen. „Das Hauptproblem ist der Mangel an Kooperation“, den sie auf die immer noch vorherrschende Abliefermentalität zurückführte. „Wir brauchen Kooperationen, die effizient sind“, soll heißen, wo alle gemeinsam in eine Richtung ziehen und sich damit gegenseitig erst stärken können. Für Frau Seiltz geht es eben um mehr als um regionale Lebensmittel: „Es geht um Lebensqualität.“

Globus von Regionen

Auch Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL, bezog sich auf die Stärken der Region. Sie zitierte den Eigentümer der Kemptener Lebensmittelkette Feneberg. Der sehe für sein Unternehmen einen klaren Schwerpunkt: „Regionalität ist unsere einzige Chance, sich gegen irrsinnige Preise zu behaupten“. Maria Heubuch berichtete auch von einem internationalen Bäuerinnenkongress. Bei allen Berichten von Bäuerinnen über positive Perspektiven für ihre Familien und Betriebe war immer die Region, der regionale Markt der Bezugspunkt. Dem stellte Heubuch ein Vorhaben von EU-Kommissionspräsident Barroso entgegen. Der habe die Einrichtung eines EU-Fonds vorgeschlagen, aus dem diejenigen unterstützt werden sollen, die bei der Globalisierung hinten rüber fallen. Heubuch: „Da werden nun WTO-Verhandlungen geführt, und sie haben dabei offensichtlich klar vor Augen, dass die Liberalisierung soziale Einbrüche mit sich bringt. Und die einzige Idee ist dann ein Geldtopf für die

Abfederung der Folgen, anstatt anders zu verhandeln!“

Politischer Rahmen

Die regionalen Initiativen stellte der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf in einen politischen Rahmen. Die Gestaltungskraft der Akteure in den regionalen Märkten besitze politische Sprengkraft, etwa wenn es um die Ausrichtung der Agrarförderung gehe. Wenn die großen Ketten merkten, dass ihre bisherige Strategien an Grenzen stoßen und dann sehen, wie kleinere Unternehmen wie Feneberg es anders machten, dann sei das auch eine Stärkung des AbL-Ansatzes, nicht auf



Minister Mörsdorf fragt nach der Begründung für die Agrargelder.

Weitere Themen

Die Zukunft der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen war ein weiteres Thema auf der Altenkirchener AbL-Tagung. Unterschiedliche Vorgehensweisen wurden zur Diskussion gestellt. Fortgeführt werden soll diese Debatte in einer gesonderten Tagung im Frühjahr 2006.

Einmütigkeit besteht schon darin, dass an einem solidarischen Prinzip festgehalten werden müsse.

Wie der internationale Agrarhandel so gestaltet werden kann, dass er Kleinbauern in Entwicklungsländern Chancen eröffnet, ohne bäuerliche Betriebe hier unter Preisdruck zu setzen, wurde im Forum WTO diskutiert (siehe zum Thema Seite 3). Im Forum gentechnikfreie Landwirtschaft berichteten US-Farmer über ihre persönlichen Erfahrungen mit der Agro-Gentechnik (s. S. 16). Zum Milch-Forum siehe Seite 7.



Elsbeth Seiltz (rechts im Bild) scheute sich nicht, den Bauern reinen Wein einzuschenken. Den bekam sie dann „zurück“ von der AbL-Vorsitzenden Maria Heubuch. Fotos: Jasper

die Rohstoffherzeugung für anonyme Märkte zu setzen, sondern auf die Qualitätserzeugung für den regionalen Markt. Damit war Graefe zu Baringdorf bei der Agrarpolitik. Die bäuerliche Qualitätserzeugung biete mehr Arbeitsplätze. Aber die bisherige Regelung zu den Direktzahlungen benachteilige genau diese Produktion, solange es keine Anbindung der Zahlungen an den Faktor Arbeit gebe. Rationalisierte Betriebe erhielten bis zu 120.000 Euro umgerechnet auf die Arbeitskraft, der Durchschnitt liege aber bei etwas über 8.000 Euro.

Dass die alte Bundesregierung diese Benachteiligung bäuerlicher Betriebe nicht angegangen sei, kritisierte Graefe zu Baringdorf deutlich. „Die rot-grüne Regierung hätte es selbst anpacken können, das EU-Recht hätte es hergegeben. Mindestens aber hätte sie es vorschlagen müssen“, so Graefe zu Baringdorf.

Rot-Grün war keine leichte Zeit

Offene Diskussion auf der AbL-Mitgliederversammlung. „So isoliert wie lange nicht mehr“

Wahlen standen auf der AbL-Mitgliederversammlung im November in Altenkirchen nicht an, wohl aber eine Diskussion über den Rechenschaftsbericht von Vorstand und Geschäftsführung. Ein besonderer Punkt der Debatte war die Frage, was die AbL unter der rot-grünen Regierung hätte besser machen können.

Die politische Arbeit in Berlin und die umfangreichen Tätigkeiten auf den Feldern wie Gentechnik, Milch, internationaler Handel, gerechter Zugang zu staatlichem Land oder Saatgut (Stichwort „Rettet die Linda“) fanden viel Beifall und wurden ausdrücklich gewürdigt. Was der AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen da alles vortragen konnte, war schon sehr beeindruckend,

wenn man bedenkt, dass die AbL keine Massenorganisation ist.

Nachdenklich wurde es, als Karl-Friedrich Osenberg, früher selbst AbL-Bundesvorsitzender, aufstand und seine Erfahrungen in der Zeit der rot-grünen Bundesregierung und vor allem der grünen Ministerin Renate Künast erzählte. „Was mich bei der AbL als Organisation sorgt ist, dass sich – trotz der hervorragenden Arbeit auf Bundesebene – viele unserer Mitglieder in den letzten Jahren zurückgezogen haben.“ Einen wesentlichen Grund dafür sieht Osenberg darin, dass es dem Bauernverband gelungen sei, in seiner Polemik gegen Künast seine Reihen wieder zu schließen. „Indem er gegen Künast wettern konnte, hat er seine großen internen

Interessensgegensätze zudecken können“, so Osenberg. Viele AbL-Mitglieder seien dadurch in ihren Dörfern so stark isoliert worden wie lange nicht. Karl-Friedrich Osenberg sagte, dass die Spitze der AbL, die in so einer Regierungskonstellation natürlich besonders gefordert sei, in Berlin Einfluss zu nehmen, nicht gleichzeitig die Kritikführer hätte sein können. Seine Kritik zielt deshalb dahin, dass die AbL-Spitze es versäumt habe, eine Arbeitsteilung der verschiedenen Ebenen zu organisieren, „um das Falsche an Künast zu kritisieren und das Richtige zu stützen“.

Maria Heubuch erkannte an, dass es Isolierung gebe, aber den Bauernverband sieht sie nicht gestärkt, was nicht zuletzt am Thema Milch deutlich werde,

wo es große Kritik am Bauernverband gebe. „Unser Versuch war, über Themen statt über ‚ich bin für oder gegen Künast‘ die Basis zu mobilisieren“, so Heubuch. Ihr Kollege im Vorsitz, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, betonte, dass er die geleistete Arbeit für richtig halte: „Sie war ergebnisorientiert.“ Das Verhalten des Bauernverbandes, der in einer nie da gewesenen Schärfe gegen die Regierung agiert habe, wertete er auch als Versuch, sich gegen den Machtverlust in der Agrarpolitik zu wehren. „Was ich annehmen kann und was mich trifft ist, dass wir über eine Strategie mit unterschiedlichen Rollen stärker hätten nachdenken müssen“, so der AbL-Vorsitzende.

uj

Bewegung auf die es ankommt

In dieser Serie wollen wir an Ereignisse und politische Diskussionen erinnern, die in den vergangenen 30 Jahren im Bauernblatt bzw. der Unabhängigen Bauernstimme bewegt wurden.

Den Anfang macht die Titelgeschichte der Ausgabe 6 aus dem Juni 1977. Zu jenen Zeiten fanden regelmäßig Manöver der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Nato-Truppen aus England, Belgien, Niederlande und USA sowie der Bundeswehr statt. Da die Manöver fast nur im ländlichen Raum stattfanden, waren die Schäden für die Landwirtschaft immens. Doch die Bauern begannen sich zu wehren:

Bauern gegen Panzer

Die Bauern von Großeneder setzen sich durch

Am Morgen des 3. März [1977] aplatzte Bauer F. der Kragen: Er holte seine beiden Trecker und blockierte einen Panzer, der den Anschluss an seine Staffeln verpasst hatte. Schon seit über einer Woche mussten die Bauern der Warburger Börde und Umgebung mit ansehen, wie ihre frisch angesäten bzw. gerade grün werdenden Felder bei nasser Witterung von den Panzerketten einer englischen Einheit zerwühlt wurden. Die Bauern waren es gewohnt, dass Manöver vorher beim Kreislandwirt angemeldet wurden und Vereinbarungen üblich waren, dass angesäte Äcker nach Möglichkeit geschont werden sollten. Doch nichts dergleichen war diesmal geschehen.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum Bauer F., dessen Weide ge-

rade 28 Panzer durchquert hatten und auf dem dahinterliegenden Acker Aufstellung genommen hatten, den letzten Panzer kurzerhand festsetzte, der in seiner Weide stecken geblieben war. Innerhalb kurzer Zeit waren weitere Bauern aus dem Dorf G. und aus den Nachbargemeinden herbeigekommen. Die Bauern benachrichtigten die Polizei und forderten sie auf, dafür zu sorgen, dass das Manöver ordnungsgemäß zuende geführt wird. Jedoch die Polizei sagte, dass sie für diese Angelegenheit nicht zuständig sei.

Mittlerweile war der Verbindungsoffizier der englischen Einheit eingetroffen und versuchte Bauer F. zu überreden, den Panzer freizugeben. Als der Offizier merkte, dass er den Panzer nicht freibekommen konnte, rief er die Polizei

an, die zum Erstaunen aller anwesenden Bauern plötzlich für die Angelegenheit (des englischen Militärs) zuständig war und auch prompt erschien und zwar gleich mit drei Streifenwagen. Nun versuchten Polizei und Offizier gemeinsam, den Panzer freizubekommen. Sie versuchten, Bauer F. beiseite zu nehmen, um mit ihm alleine über die Freigabe des Panzers zu verhandeln. Jedoch schon nach kurzer Zeit hörten alle, wie Bauer F. immer lauter wurde und rief:

„Das könnt ihr doch mit mir nicht machen, ich glaube, ihr spinnt wohl.“ Bauer F. lief zu den anderen Bauern zurück und sagte: „Wisst ihr, was die mir angeboten haben: Sie wollen meine Felder schonen und mich besonders hoch entschädigen. Die spinnen doch wohl!“

Die Bauern überlegten, was zu tun sei: Sie sagten sich, wenn wir nur einen Panzer festgesetzt halten, fahren die anderen munter weiter unsere Äcker kaputt, also fordern wir den Abbruch des Manövers und den Rückzug aller Panzer in die Kasernen. Zur Unterstützung ihrer Forderungen entschlossen sie sich, die übrigen 28 Panzer auch noch festzusetzen. Neben der Presse verständigten die Bauern auch noch den Rundfunk (WDR). Anschließend gingen sie in ihre Dörfer, holten ihre Trecker und näherten sich sternförmig aus allen Himmelsrichtungen dem Platz des Geschehens.

Gerade rechtzeitig, als sich die Panzer in Bewegung setzen wollten, erreichten die ersten Trecker den Schauplatz, fuhren direkt auf die Panzer zu und brachten die Panzerkolonne zum Stehen.

Der Verbindungsoffizier drohte, dass die Bauern bei Beschädigung ihrer Trecker keinen Pfennig sehen würden. Doch auf solche Erpressungsversuche ließen sich die Bauern erst gar nicht ein und ehe sich die Panzerfahrer versahen, stand vor und hinter jedem Panzer ein Trecker.

Im Gespräch mit den Soldaten erfuhren die Bauern zu ihrer großen Überraschung, dass die Soldaten in diesem Manöver Anweisung erhalten hatten, die Straßen zu schonen und über die Äcker zu fahren, weil die Entschädigung für die Äcker nicht so teuer sei, wie die Entschädigung für die kaputten Straßen.

Die Verhandlungen zwischen Militär und Polizei auf der einen und Bauern auf der anderen Seite wurden fortgesetzt, und um ca. 15.30 Uhr hatten die Bauern erreicht, was sie erreichen wollten: Abbruch des Manövers und Rückzug aller Panzer in die Kasernen, ohne auch nur noch einen Quadratmeter Acker zu berühren.

Bauernblatt Titelgeschichte Juni 1977 Nummer 6



EU-Finanzkompromiss trifft auch die Bauern

40 Prozent weniger für die ländliche Entwicklung bringt der jüngste Gipfelbeschluss

Zum vierten Advent haben sich die Staats- und Regierungschefs nun doch noch unter britischer Präsidentschaft darüber geeinigt, wie viel Geld die Europäische Union in den Jahren 2007 bis 2013 ausgeben darf und wofür. Was als Beweis für das noch Vorhandensein eines Europäischen Gedankens gefeiert wurde, entpuppt sich für die ländlichen Räume als schwerer Schlag.

Rund 40 Prozent weniger Geld wird Deutschland für die so genannte zweite Säule der Agrarpolitik aus Brüssel bekommen: knapp 40 Prozent werden es in den neuen Bundesländern sein, über 45 Prozent weniger wird in die alten Bundesländer fließen – immer im Vergleich zum status quo.

Aus dieser zweiten Säule unterstützt die EU die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten (z. B. Berggebiete) für ihre erschwerten Wirtschaftsbedingungen; Agrarumweltmaßnahmen wie eingeschränkte Düngung oder eingeschränkter Pflanzenschutz werden ebenfalls hieraus bezahlt, wobei das Geld den Ertragsausfall ausgleichen soll, der durch die weniger intensive Bewirtschaftung entsteht. Auch Prämien für tiergerechte Haltung und ökologischen Landbau werden von der EU aus dieser zweiten Säule mitbezahlt.

Nach Deutschland gingen im Jahr 2004 von Brüssel rund 1,5 Mrd. Euro dieser Mittel. Das waren 21 Prozent aller

Mittel, die aus dem EU-Agrarhaushalt nach Deutschland flossen. In Deutschland dient das Geld auch zur Kofinanzierung für Förderprogramme von Bund und Ländern, die zum Teil im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz laufen. Ob die Ausfälle an EU-Mitteln nun aus natio-



Böse Überraschungen brachte der „erfolgreiche“ EU-Gipfel für die Wirtschaftsentwicklung auf dem Land, besonders in Deutschland.

Foto: EU-Rat

nen Haushalten ausgeglichen werden können, darüber spricht bislang niemand – zumindest nicht laut.

Schon Ende 2004 schlugen Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz Alarm. Denn schon die alte Bundesregierung war als einer von sechs Nettozahlern der EU dafür eingetreten, den Haushaltsspielraum der EU drastisch einzuschränken, von 1,24 Pro-

zent des Bruttosozialprodukts auf 1 Prozent. Gleichzeitig hielt die alte wie nun auch die neue Regierung daran fest, dass im Agrarhaushalt die erste Säule von Kürzungen bis zum Jahr 2013 verschont bleiben solle – so lange reicht eine Vereinbarung der Regierungschefs aus dem Oktober 2002. Daraus ergab

sich, dass die Kürzungen, die der Agrarhaushalt beizusteuern hat, allein in der zweiten Säule zuschlagen würden. Damals war von einer Reduzierung um 50 Prozent die Rede. Der Protest von Euronatur, AbL und anderen war deutlich, sehr zum Verdruss von SPD und Grünen.

Zwischenzeitlich wuchs die Hoffnung, dass die Briten nicht durchkämen mit ihrem Ansatz „je billiger die EU wird, desto besser“. Die Augen richteten sich schon auf die nächste Präsidentschaft, die Österreicher. Die kleine Alpenrepublik zieht alleine zehn Prozent der gesamten zweiten Säule der EU. Bezogen auf die gesamten Agrarmittel der EU, die nach Österreich gehen, sind 42 Prozent für diese ländliche Entwicklung bestimmt (D: 21 %).

Österreich hat auf dem jüngsten Gipfel die zweite Säule denn auch stark im Blick gehabt und Sondergelder für sich ausgehandelt. Das österreichische Ministerium geht deshalb davon aus, dass die EU-Gelder für die ländliche Entwicklung in Österreich kaum abnehmen werden.

Doch nach diesem Gipfel kehrt nicht etwa Ruhe ein in die Diskussion um die EU-Agrargelder. Vielmehr wird der Kampf sich verschärfen. Denn der Beschluss sieht ebenfalls vor, dass die einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit erhalten, eigenständig Direktzahlungen aus der 1. Säule in Programme der ländlichen Entwicklung umzuwidmen (Modulation) und zwar bis zu 20 Prozent der einzelbetrieblichen Direktzahlungen. Anders als bisher verbleiben dadurch zusätzlich umgeschichtete Mittel zu 100 Prozent im Mitgliedstaat und müssen nicht noch national kofinanziert werden. Ob es zu dieser Umschichtung in Deutschland kommen wird, hängt auch davon ab, ob die entkoppelten Direktzahlungen, die zwar an bürokratische Auflagen, nicht aber an wirksame soziale und ökologische Kriterien gebunden sind, weiter unter gesellschaftlichen Druck kommen.

uj

Wissenschaft empfiehlt Abschaffung der Direktzahlungen

Beirat des Bundesministeriums äußert sich zu den EU-Agrargeldern

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat Ende November 2005 eine 12-seitige Stellungnahme „zu aktuellen Fragen der EU-Finanz und des EU-Agrarhaushalts“ vorgelegt. Darin nimmt er die aktuellen Diskussionen um den EU-Agrarhaushalt und die fehlende Verteilungsgerechtigkeit auf.

Die 15 WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Fachrichtungen mit ihrem Vorsitzenden Prof. Folkhard Isermeyer vom Institut für Betriebswirtschaft, Agrarstruktur und ländliche Räume an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Braunschweig haben folgende Empfehlungen abgegeben: Eingang stellt der Beirat fest, dass durch die Entkopplung „noch sichtbarer geworden“ sei, wie die EU-Agrar-

politik die Zahlungen auf die unterschiedlichen Regionen und Betriebstypen/Betriebsgrößen verteilt („regionale und betriebliche Verteilungseffekte der EU-Agrarpolitik“). Er zitiert dazu Studien, wonach die Zahlungen überwiegend wohlhabenderen Regionen mit großbetrieblicher Produktion in Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden zugute kommen, während sie Gebiete mit kleinbetrieblicher Produktion mediterraner Erzeugnisse in Spanien, Italien und Südosteuropa wie auch in Polen relativ benachteiligen. Der Beirat greift also die soziale, regional- und kohäsionspolitische Kritik an der Verteilungswirkung der EU-Agrarpolitik auf. Daraus folgert der Beirat, dass sich „die gegenwärtige Struktur der Direktzahlungen mit einkommens- bzw. verteilungspolitischen Begründungen nicht

rechtfertigen lässt“. Die „heutigen Zahlungen sind für eine langfristig tragfähige Einkommenspolitik untauglich“. Wer nun aber erwartet, dass aus der vorgetragenen Kritik Vorschläge zur Änderung der Prämienregelung entwickelt würden, damit eine einkommens- und verteilungspolitische Begründung gerechtfertigt werden könnte, der wird enttäuscht. Denn: „Der Beirat hält es nicht für möglich, die verteilungspolitische Problematik des gegenwärtigen Systems durch graduelle Veränderungen der Direktzahlungen nachhaltig zu beheben.“ Mit allen „Umverteilungsvorschlägen“ werde letztlich „nur an den Symptomen herum kuriert“. Eine soziale Staffelung oder Anbindung an den Faktor Arbeit lehnt er ab, denn das sei ineffizient und behindere, dass die Produktionsmittel „zum besten Wirt“ fließen.

Und so kommt der Beirat zu dem Vorschlag, die Direktzahlungen der 1. Säule zu streichen oder zumindest stark – bis eventuell auf einen Grund-Sockel – zu reduzieren. Dieses schrittweise Herunterfahren der Direktzahlungen der ersten Säule dürfe aber nicht vor 2008/09 passieren, weil sonst der Vertrauensschutz für die Landwirte verletzt würde. Der Beirat hält aber eine Kürzung bis zum Jahr 2013 um bis zu ein Drittel für möglich.

Der Beirat spricht sich dafür aus, dass ein Teil dieser gekürzten Mittel über eine Modulation in die 2. Säule (Ländliche Entwicklung) umgeschichtet wird. Denn die 2. Säule sollte ausgebaut werden, um die negativen Wirkungen, die durch Entkopplung und Mittelkürzungen in der 1. Säule entstünden, aufzufangen.

uj

Lob für Merkel muss nicht gut für Bauern sein

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf sieht Kürzungen um bis zu 50 Prozent in der zweiten Säule für Deutschland als Ergebnis des EU-Gipfels

Bauernstimme: Der EU-Gipfel ist zu Ende und hat sich auf eine Finanzplanung für die nächsten sieben Jahre geeinigt. Bundeskanzlerin Merkel wird gelobt, auch vom Bauernverband. Ist das Ergebnis gut für die Bauern?

Graefe zu Baringdorf: Na ja, wenn Merkel gelobt wird, muss das nicht unbedingt ein gutes Ergebnis für die Bauern sein. Sie hatte ja schon vor der Wahl deutlich gemacht, dass sie den Vorstellungen von Blair, was die Landwirtschaft und die Kürzung des Agrarhaushalts anbelangt, nicht abgeneigt ist. Als sie dann darauf angesprochen wurde, hatte sie schon angekündigt, dass man dann nicht in der ersten, sondern in der zweiten Säule kürzen sollte. Das ist nun eingetreten, und so massiv, dass wir Sorge haben müssen, dass der Bereich der ländlichen Entwicklung – mindestens in Deutschland – fast ausgetrocknet wird.

Warum für Deutschland besonders?

Der Gesamtetat der EU für die zweite Säule bleibt um 20 Mrd. Euro unter dem Ansatz der EU-Kommission und des EU-Parlaments. Dazu kommt aber noch, dass der Rat innerhalb der zweiten Säule noch mal eine Aufteilung vorgenommen hat, wo fast 50 Prozent in die neuen Mitgliedstaaten geht. Und innerhalb der alten Mitgliedsländer gibt es eine weitere Mittelfestlegung zugunsten einer Gruppe von Ländern, allen voran Österreich, wo Deutschland aber eben nicht drin ist. Das heißt, es gibt eine Lex Deutschland, die uns von der Wirtschaftsförderung der ländlichen Gebiete fast vollständig abhängt. In den alten Bundesländern bedeutet der Beschluss eine Kürzung der Mittel um fast 50 Prozent.

Düstere Aussichten. Kann die Regelung des Rates, dass die Mitgliedstaaten bis zu 20 Prozent der allgemeinen Direktzahlungen in die zweite Säule umschichten können, ein Rettungsanker sein?

Diese Umschichtung ist nicht obligatorisch, sondern als Möglichkeit gegeben. Die gibt es aber schon seit der Agenda 2000 und zwar auch bis zu 20 Prozent. Deutschland hat davon damals nur sehr zögerlich und auch nur mit sehr bescheidenen zwei Prozent Gebrauch gemacht. Auch nach der Reform von 2003 konnte Deutschland die Umwidmung eigenständig erhöhen, hat sich aber wieder auf das Mindestmaß der EU zurückbegeben. Eine höhere Umschichtung wäre aber nach diesem Finanzabschluss, der ja zulasten Deutschlands geht, dringender geboten denn je. Aber auch die

Anbindung und soziale Qualifizierung der Prämien aus der ersten Säule, d.h. Anbindung an die Arbeitskraft, ist notwendig, um hier zu einer Begrenzung der Auszahlungshöhe je Arbeitskraft zu kommen.

Also Anbindung der Zahlungen an Arbeit plus erhöhte Umwidmung in die zweite Säule?

Der skandalöse Zustand muss beendet werden, dass rationalisierte Betriebe, in denen eine Arbeitskraft 400 Hektar im Jahr bewirtschaftet, umgerechnet auf die Arbeitskraft 120.000 Euro jährlich an Prämiegeldern erhalten. Durch eine vernünftige Staffelung freiwerdende Gelder, bereitgestellt für innovative und Arbeitsplatz schaffende oder zumindest erhaltende Projekte der ländlichen Entwicklung, könnten ja die jetzt beschlossene Reduzierung ausgleichen.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums stellt sich gegen jegliche Anbindung der Zahlungen an Arbeit oder Umweltkriterien. Das sei „Herumkurieren an Symptomen“ und führe zu Verzerrungen zulasten der wettbewerbsfähigen Betriebe.

Es gibt zwei Ausrichtungen: Rationalisierte Produktion von Rohstoffen für die nachgelagerten Bereiche oder die Erzeugung von Qualitätslebensmitteln für den direkten Absatz an die Verbraucher und Verbraucherinnen, wo mehr Wertschöpfung auf den Höfen und in der Region bleibt. Der Wissenschaftliche Beirat hat immer die rationalisierte Produktion unterstützt.

Die immer wieder behauptete Wettbewerbsfähigkeit der rationalisierten Betriebe ist nur gegeben durch die Wirkung der Prämien, die dann je Arbeitskraft zu Beträgen von bis zu 120.000 Euro führen. Würde man die Prämien reduzieren auf das, was bäuerliche Betriebe je Arbeitskraft bekommen, wäre die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe sehr schnell vorbei. Das wissen diejenigen Wissenschaftler, die über Jahre und Jahrzehnte diese Art Wettbewerb um die Kosten propagiert haben, auch und deswegen kommen sie zu diesen Ansätzen.

Der Beirat schlägt selbst vor, die entkoppelten Direktzahlungen der ersten Säule drastisch zu kürzen, bis 2013 um ein ganzes Drittel! Würde das nicht die rationalisierten Betriebe, die am meisten Prämien erhalten, am meisten treffen?

Der Beirat will eine lineare Kürzung, nicht eine qualifizierte Staffelung. Wenn ein Betrieb heute 120.000 Euro je Arbeitskraft bekommt, hat er nach einer

druck auf die bäuerliche Landwirtschaft ausüben und damit eine weitere Umverteilung von Produktionskapazitäten zugunsten dieser rationalisierten Großbetriebe.

Der EU-Gipfel hat beschlossen, den EU-Agrarhaushalt ab 2008 erneut auf den Prüfstand zu stellen. Ist das eine Chance, zu positiven Korrekturen zu kommen?

Ausgehend von Dänemark, wo die Regierung offen gelegt hat, wie sich die Verteilung der Gelder aus der ersten Säule darstellt, haben wir zur Zeit in ganz Europa eine Diskussion, die diese beschriebene Art der Zahlungen unter Druck geraten lässt. Von daher ist die Öffnungsklausel für 2008 eine Chance, alle die Maßnahmen, die jetzt fakultativ möglich sind, verpflichtend zu machen. Nur ist die Machtkonstellation ja nicht so gestrickt, dass diese Überprüfung, die vernünftig ist, zu Gunsten unserer Forderung nach sozialer und ökologischer Qualifizierung ausgeht. Dafür werden wir in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung hart arbeiten müssen.

Wenn Blair die Öffnung des Agrarhaushalts will, dann hat er nicht unsere Vorstellungen im Kopf, sondern schlicht lineare Streichungen. Wenn sich Chirac gegen die Kürzung der EU-Mittel stellt,

dann können wir auch ihn nicht unbedingt als Anhänger unserer sozialen und ökologischen Qualifizierung nehmen. Die neue Bundesregierung – nach den Äußerungen von Minister Seehofer jetzt – lässt da nichts Gutes erwarten, mindestens wird es nicht selbstläufig kommen. Die Positionen der Bundesregierung in der anstehenden Überprüfung der Agrargelder zeigen sich daran, ob sie die Möglichkeiten der nationalen Ausgestaltung jetzt anpackt.

Vielen Dank für das Gespräch



AbL-Vorsitzender Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, hier mit der AbL-Vorsitzenden Maria Heubach, auf dem Podium der AbL-Mitgliederversammlung Ende November 2005.

Foto: Jasper

Kürzung um die Hälfte immer noch 60.000 Euro je Arbeitskraft und damit ungefähr das Doppelte von dem, was er selbst an die Arbeitskraft zu zahlen hat. Von daher wäre eine solche Kürzung zwar ein schmerzlicher Verlust einer legalen persönlichen Bereicherung, und sie würden sicherlich dagegen ihre Interessen geltend machen.

Für die bäuerlichen Betriebe ist die Prämienhöhe, die sie heute erhalten – im Durchschnitt 8.050 Euro je Arbeitskraft – aber dringend notwendig, weil hier 80 bis 90 Prozent der Arbeitskräfte der Landwirtschaft tätig sind. Eine Kürzung um die Hälfte würde absolut gesehen zwar geringer ausfallen, aber für die Existenzfähigkeit dieser Betriebe ist sie entscheidend. Würde man also linear kürzen, würde das einen zusätzlichen Rationalisierungs-

Wachsende Chancen im schrumpfenden Sektor?

Studierende, Lehrende und Praktiker aus dem Agrarsektor diskutierten in Witzenhausen Berufsperspektiven in der Branche

Die Zukunft im Agrarsektor, so der Titel der 13. Witzenhäuser Konferenz, interessierte viele, vor allem jene, die sie noch vor sich wähen: Studierende verschiedener Agrarfakultäten Deutschlands – über 150 Anmeldungen gab es schon im Vorfeld der Veranstaltung. Dass der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Ökologischen Landbau lag, war logische Konsequenz des Standortes: der Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel im nordhessischen Witzenhausen.

Arbeit und Ideale

Hoch gesteckt waren die Ziele der Veranstalter, allesamt Studierende des Fachbereichs.

„Wir suchen nicht nur Arbeit, auch Visionen; nicht nur Beschäftigung, auch Ideale“, stand im Konferenz-Lesebuch. Diesen Zielen gerecht zu werden, war Aufgabe der Referenten aus allen beruflichen Richtungen der Agrarbranche, von Verwaltung und Forschung über Naturschutz und Lebensmittelhandel bis hin zur Basis, der landwirtschaftlichen Praxis.



Das „Konferenzteam“: Studierende des Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften in Witzenhausen

Ökobranche boomt

Den Einstiegsvortrag hielt Alexander Gerber, Geschäftsführer des Bundes für Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), der gleich viel Positives zu berichten hatte. Die ökologische Lebensmittelwirtschaft in Deutschland sei eine Wachstumsbranche, mit Umsatzsteigerungen von jährlich über 10 Prozent. In den letzten 10 Jahren habe sich die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Bereich von etwa 75.000 auf 150.000 verdoppelt. Gleichzeitig stagniere allerdings die Zahl der Erzeugerbetriebe. Das bedeute, dass vor allem in der Verarbeitung und im Handel von ökologischen Lebensmitteln neue Arbeitsplätze entstehen.

Doch hier bestehe noch eine Qualifizierungs-Lücke. Bisher existiere keine Ausbildung, die Fachwissen aus dem ökologischen Landbau mit den Bereichen Handel, Qualitätssicherung und Verarbeitung verbindet. Somit müssen momentan die Zusatzqualifikationen aus den anderen Bereichen autodidaktisch angeeignet werden. Zwei neue Studiengänge sollen diese Lücke schließen: Ökolandbau & Vermarktung in Eberswalde und Food Chain Management in Hohenheim.

Multifunktionale Landwirtschaft

Professor Hartmut Vogtmann, Präsident des Bundesamtes für Naturschutz und ehemals Inhaber der weltweit ersten Professur für Ökologischen Landbau in Witzenhausen, forderte einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft müsse weg von der reinen Lebensmittelproduktion, die sie in den letzten Jahrzehnten über Spezialisierung, Intensivierung, Rationalisierung und Angleichung an Weltmarktpreise in eine Zwangssituation manövriert habe, in der viele Höfe zur Aufgabe gezwungen seien.

„Am meisten profitiert haben bislang immer diejenigen, die für die Landwirtschaft produzieren, also BASF, Monsanto und Co., und nicht die Landwirte, die für die Menschen produzieren“, so Vogtmann. Auch im Ökolandbau werde inzwischen der gleiche Weg beschritten, wenn das Getreide aus Australien billigere sei, werde es eben da gekauft. Vogtmann forderte die Ausrichtung auf eine multifunktionale Landwirtschaft. Sinnvoll sei es in diesem Zusammenhang, Produkte und Dienstleistungen mit Landschaft, Tourismus und Kultur zu verknüpfen. Vogtmann führte als gelungene Beispiele das Rhön-Lamm und andere Regionalmarken an, die über

ihre Produkte die Landschaft mit vermarkten. In seinem Schlusswort forderte er, auch die Ausbildung im Agrarsektor nicht mehr allein auf die Lebensmittelproduktion zu konzentrieren. Wichtige Arbeitsfelder mit Zukunft sind in seinen Augen Landschaftspflege, Verarbeitung, Vermarktung, Öffentlichkeitsarbeit, Politik und der Wassersektor.

Ökolandbau-Forschung

Gerold Rahmann, Leiter des Bundesforschungsinstitutes für Ökologischen Landbau in Trenthorst, legte den Konferenzteilnehmern die Forschung ans Herz. Auch im Ökolandbau gebe es genügend Probleme, zum Beispiel in der Tiergesundheit. Forschung kann dort helfen, wo Praktiker nicht weiter kommen, so Rahmann, denn Forschung ko-

■ ■
**Wir suchen nicht
 nur Arbeit, auch
 Visionen; nicht nur
 Beschäftigung,
 auch Ideale.**
 ■ ■

stet Zeit und Geld, beides ist in der Praxis knapp. Als Qualifikationen, um „fit für die Forschung“, so der Titel des Vortrags, zu sein, nannte Rahmann gute Spezial- und Allgemeinkenntnisse, Kenntnisse der Wissenschaftsmethodik, Flexibilität und Selbstständigkeit, Motivation und Teamfähigkeit sowie eine überdurchschnittliche Kommunikationskompetenz.

Etwas unternehmen?

Sich in der landwirtschaftlichen Praxis oder in einem vor- oder nachgelagerten Bereich selbstständig zu machen ist die Vision vieler Studierender und Auszubildender im Agrarsektor. Doch dieser Schritt ist nicht jedem zu empfehlen – man muss ein „Unternehmertyp“ sein und eine neue Idee mit einem durchdachten, runden Konzept anbieten können, meinte Prof. Hensel. Er stellte folgende Regeln auf:

„Erstens: Machen Sie sich niemals selbstständig, weil Sie nichts Anderes gefunden haben. Zweitens: Machen Sie sich niemals selbstständig, nur weil es irgendwo Fördergelder dafür gibt.“ Was aber nicht heißt, dass man Förderungen nicht in Anspruch nehmen sollte: Zum Beispiel das Exist-Programm (www.exist.de), das Existenzgründungen aus Hochschulen fördert.

Kürzungen überall

Beratung, Kontrolle und Agrar-Verwaltung sind typische Jobs für Agraringenieure, vor allem auch für Einsteiger. Alle anwesenden Referenten aus diesen Bereichen sagten auf der Tagung übereinstimmend, dass es dort zwar noch vereinzelt Stellenausschreibungen gebe, die Zahl aber abnehme, da überall gespart und gekürzt werde.

Auch in den so genannten Entwicklungsländern gibt es Arbeitsfelder für Landwirte und Agraringenieure. Jedoch



Im „Open Space“, den offenen Arbeitsgruppen zu spontan entwickelten Themen, wurde am Nachmittag diskutiert. Fotos: Leonhardt

wurden auch hier die Projektgelder und Stellen im Bereich der ländlichen Entwicklung in den letzten Jahren stark zurückgefahren.

Außerdem wird zunehmend Wert auf einheimische Fachkräfte gelegt. Wenn überhaupt, werden aus Europa nicht mehr reine „Techniker“, sondern eher Vermittler, Berater oder Netzwerker eingestellt – auch in diesem Berufsbild spielen also die so genannten „soft skills“ (soziale Kompetenzen) eine zunehmend wichtige Rolle.

Fazit

Es gibt sie noch, die ideale Arbeit, die visionäre Beschäftigung – aber leichter ist es in den letzten Jahren nicht geworden. Unsere Zukunft im Agrarsektor, die Rahmenbedingungen, unter denen wir leben und arbeiten wollen, müssen wir uns selbst erkämpfen. Also: Packen wir's an!

Anne Brid Leonhardt

Ab Mitte Januar ist der Konferenztagungsband unter folgender Adresse erhältlich:

Konferenz05@yahoo.de oder bei: Holger Mittelstraß, Steinstr. 19, 37213 Witzenhausen, Tel.: 05542-981240, Fax: -981241

Kampf für Saatgut ist Kampf für Leben

Im französischen Poitiers kamen bäuerliche Interessenvertreter aus aller Welt zum Europäischen Seminar über freies Saatgut und die Erhaltung der Sortenvielfalt zusammen

Sich zu treffen, um Saatgut und Wissen auszutauschen, ist in Südamerika Tradition“, sagte Francisca Rodriguez von Via Campesina aus Chile. Sie bedauerte, dieses Mal keine Samen mitgebracht zu haben. Austausch von Informationen und guten Argumenten gab es jedoch reichlich in Poitiers, Frankreich, am 24. und 25. November 2005. Dort trafen sich 170 VertreterInnen von Bauernorganisationen aus fünf Kontinenten zum Europäischen Saatgutseminar.

Auch das Thema ist global: Bei der Gesetzgebung im Saatgutrecht sind internationale Abkommen im Spiel, wie das Abkommen zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) oder die Konvention über biologische Vielfalt (CBD). Zudem sind in der Saatgutbranche weltweit agierende Konzerne tätig, die ihr wirtschaftliches Gewicht in die politischen Waagschalen legen. Deshalb müssen sich auch Bäuerinnen und Bauern weltweit vernetzen, um sich machtvoll für den Erhalt der bäuerlichen Saatgutarbeit einzusetzen und ein Bewusstsein für den Wert dieses lebensnotwendigen, gemeinschaftlichen Kulturgutes auch in den Städten zu wecken.

Ein Ergebnis der Konferenz war eine gemeinsame Erklärung, die die Delegierten aus 40 Ländern verabschiedeten. Deren Kernforderung ist das unveräußerliche Recht von Bäuerinnen und Bauern auf freie Wahl ihres Saatguts sowie dessen Produktion, Nachbau und Austausch.

Recht auf Nachbau

Die Saatgutkonzerne arbeiten strategisch: So berichtete ein Entwicklungshelfer aus Mali, dort würden Agenten der Saatgutindustrie Samen an Bäuerinnen und Bauern verschenken. Den Preis müssten die Bäuerinnen und Bauern später bezahlen, in Form von Nachbaugebühren und Verlust der Sortenvielfalt. Deshalb müssen wir jetzt wach werden, wir dürfen nicht die Zukunft unserer Kinder verspielen! Wir müssen dafür kämpfen, dass das Landwirteprivileg auf Nachbau, wie es bis 1997 bestand, wieder hergestellt wird. Das spanische Saatgutnetzwerk Red de semillas schlägt den befreundeten Verbänden gemeinsame Aktionen zur bäuerlichen Saatgutarbeit vor, wie zum Beispiel Kampagnen für die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an allen Verhandlungen über geistige Eigentumsrechte. Der Aktionsplan liegt der IG Nachbau in englischer Sprache vor.



Jean François Berthelot (r.) stellt seine Weizensortenvielfalt vor: „Wir bäuerlichen Bäcker tauschen mit dem Saatgut auch das Wissen darum aus, welcher Weizen wie verarbeitet und gebacken werden kann. Denn jede Sorte hat auch ein besonderes Backverhalten.“ Foto: Kölling

Recht auf Gentechnikfreiheit

Genmanipulation in der Züchtung ist ein sehr teures Verfahren. Es lohnt sich, wenn der Gewinn für die Saatgutkonzerne durch die Patentierbarkeit und durch ein Nachbauverbot gesichert ist. Wenn das internationale Moratorium für die Terminator-technologie fallen gelassen würde und Saatgut auf den Markt käme, das Pflanzen mit sterilen Samen erzeugt, dann wäre der Nachbau für die Bauern sogar technisch unmöglich. Die möglichen Schäden durch Auskreuzungen auf andere Sorten oder Wildpflanzen sind kaum abschätzbar.

Deshalb müssen wir uns für eine Koexistenzgesetzgebung einsetzen, die die Gentechnikwender und die Saatgutindustrie genau für die von ihr verursachten Risiken haften lässt und die konventionellen und biologischen Bauern schützt. Unter Berücksichtigung aller Kosten und Risiken ist der Anbau von GVO nicht wettbewerbsfähig. Die österreichische EU-Präsidentschaft wird vom 4. bis 6. April 2006 eine Konferenz zur Koexistenz veranstalten, auf der wir als Bauern sichtbar sein müssen.

Recht auf genetische Vielfalt

Die Menschen haben zusammen mit der Natur über Jahrtausende eine Kulturpflanzenvielfalt geschaffen, die für fast jede Nische, die meisten Klimazonen und Böden Pflanzen bereitstellt, die zur Ernährung der Menschen beitragen können. Jede dieser Sorten besitzt womöglich genetische Eigenschaften, die eines Tages lebensnotwendig werden können. Wir brauchen das

Recht, diese Sortenvielfalt zu erhalten und weiter zu entwickeln.

In der EU wurde 1998 beschlossen, ein Gesetz für eine vereinfachte Registrierung von Erhaltungssorten zu schaffen. Vorschläge der Kommission wurden immer wieder von einigen Mitgliedstaaten blockiert. Der aktuelle Vorschlag nun scheint dem ständigen Ausschuss für Saatgut und Vermehrungsmaterial fast von der Europäischen Züchterorganisation (ESA) in die Feder diktiert: Die Zulassungsverfahren wären so teuer, dass sich eine Eintragung der Sorte für bäuerliche Züchter nicht lohnt. Neben Kampagnen für eine bessere Gesetzesgrundlage schlägt das spanische Saatgutnetzwerk Red de Semillas die Schaffung von Tauschbörsen für bäuerliches Saatgut vor, um die genetischen Ressourcen für die Nachwelt zu erhalten.

Europa muss standhalten

Die Regierungen in den Entwicklungsländern stehen teilweise stark unter dem Druck der Saatgutkonzerne. Die Bäuerinnen und Bauern aus diesen Ländern hoffen darauf, dass wir hier in Europa eine rechtliche Situation schaffen, die die gentechnikfreie, bäuerliche Erzeugung schützt. Damit könnte die EU eine Vorbildfunktion für die Saatgutgesetzgebung auch für andere Staaten einnehmen und in internationalen Verhandlungen auf die Durchsetzung der bäuerlichen Rechte dringen.

Die TeilnehmerInnen aus Südamerika und Afrika haben an uns in Europa appelliert: „Ihr habt eine große Verantwortung, auch für unsere Zukunft. Denn wer über die Samen bestimmt, der bestimmt über das Leben. Und die Verantwortung über das Leben muss von vielen Schultern getragen und unter vielen Kulturen geteilt werden.“

Gerhard Portz, Antje Kölling

Satte Rendite säen

Der Internationale Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) hat Ende Oktober eine Studie der Internationalen Saatgut-Vereinigung (ISF) zur Verwendung von Nachbausaatgut veröffentlicht. Demnach liegen Befragungsergebnisse aus 14 Ländern mit einer Ackerfläche von 139,9 Mio. ha vor, die belegen, dass zertifiziertes Saatgut auf 4,5 Mio. ha (32,5 %) und Nachbausaatgut auf 94,4 Mio. ha (67,5 %) der Ackerfläche verwendet wird. Hochgerechnet auf die weltweite Ackerfläche ergibt sich daraus ein zu erwartender zusätzlicher Gewinn des Saatguthandels von mehr als 100 Mrd. \$/Jahr und der Saatgutzüchter von 12,5 Mrd. \$/Jahr, wenn ausschließlich zertifiziertes Saatgut verwendet würde. Durch Eintragung von Patentrechten an tierischen und pflanzlichen Genen oder bei Zulassung der Terminator-technologie könnte dieser Markt noch erheblich vergrößert werden. Bei dieser Gewinnerwartung lässt sich vermuten, dass die Saatgutindustrie bereit ist, für Lobbyarbeit in Brüssel und anderswo viel Geld auszugeben.

Gerhard Portz, einer der Sprecher der IG Nachbau



US-Farmer und ihre Erfahrungen mit der Gentechnik

Bei ihrer Rundreise durch Deutschland machten die Farmer Mut, die Rechte der Bauern zu verteidigen

Ihr braucht vor allem eine Gesetzgebung, die eure Rechte als Bauern schützt.“ Davon sind David Dechant und Troy Roush überzeugt. Die beiden Farmer aus den USA berichteten während einer einwöchigen Tour durch Deutschland über Erfahrungen mit der Agro-Gentechnik in ihrem Land. Nach der AbL-Mitgliederversammlung in Altkirchen waren sie im Chiemgau, im Donautal, in Reutlingen, in Hohenlohe, im Östlichen Ruhrgebiet und in Ostwestfalen zu Gast. Die Resonanz war beeindruckend: Die Veranstaltungen waren in vielen Regionen überfüllt, Bauern und Bäuerinnen zeigten sich hoch interessiert.

Seit 1996 werden in den USA kommerziell gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, vor allem Soja, Mais, Baumwolle und Raps. Im Jahr 2004 umfasste der gentechnische Anbau in den USA angeblich 85 % des Sojaanbaus, 47 % des Maisanbaus, 76 % des Baumwollanbaus und im Jahr 2003 76 % des Rapsanbaus. Die Zahlen stammen von der Gentechnik befürwortenden ISAAA; neutrale Anbauzahlen liegen nicht vor. Wahlfreiheit für VerbraucherInnen gibt es nicht, denn Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) müssen in den USA nicht gekennzeichnet werden.

Verlust von Exportmärkten

Bereits in den ersten Jahren nach dem Anbau von GV-Pflanzen kam es zu erheblichen Exporteinbußen der US-Agrarwirtschaft, insbesondere beim Mais. Sowohl die EU als auch Japan lehnen gentechnisch veränderte Importe ab. „Bt-Mais wird bei uns vor allem in Gebieten, in denen es ernsthafte Ertragsausfälle durch den Maiswurzelbohrer gibt, angebaut. Ansonsten sind die Produktionskosten zu hoch“, erläutert David Dechant. „Wer Bt-Mais anbaut, wird von Monsanto zu einem aufwändigen Resistenzmanagement verpflichtet.“ Das bedeutet, 20 Prozent der Mais-Flächen müssen konventionell angebaut werden, um zu vermeiden, dass der Maiswurzelbohrer zu schnell resistent wird. Bei gentechnischer Bt-Baumwolle müssen sogar 50 Prozent der Fläche als Rückzugsgebiet konventionell angebaut werden.

Nachbaurechte ausgehebelt

Die ersten Meldungen, dass Bauern von Monsanto wegen Patentrechtsverletzung verklagt wurden, untermauerten David Dechants Entscheidung, keine gentechnischen Pflanzen anzubauen. 1996 wurde in den USA noch zu annä-

hernd hundert Prozent Nachbau betrieben. Nachbau ist nach dem US-Sortenschutzrecht ausdrücklich erlaubt. Faktisch aber wird er vom Patentrecht ausgehebelt. Seitdem Pflanzen in den USA patentiert werden können, schnellten Patentanmeldungen – auch für konventionelle Sorten – in die Höhe. Bereits im Jahr 2004 war daher praktisch kein Nachbau mehr möglich, ohne Gebühren für ein Patent bezahlen zu müssen.

Monsanto verklagt Bauern

Der Saatgut-Konzern Monsanto hat sich das Patentrecht zu Eigen gemacht und in 90 Fällen Klage gegen 147 Bauern und 39 kleine Firmen und Landhändler eingereicht (siehe bauernstimme 3/2005). Da Monsanto Patente auf bestimmte Genabschnitte „seiner“ gentechnisch veränderten Pflanzen besitzt, werden Pflanzen, die mit patentiertem Erbgut verunreinigt werden, zum Eigentum von Monsanto. Selbst wenn betroffene Bauern oder Bäuerinnen kein patentiertes Saatgut gekauft oder wesentlich genutzt haben, können sie für die Verletzung des Patentrechtes belangt werden. So wird der Nachbau systematisch von Monsanto unterlaufen, indem er zu einem hohen Risiko wird.

Ein Klage-Beispiel

Kurzfristig versprechen sich Bauern von der Roundup-Technologie (Anbau von Pflanzen mit gentechnisch eingebrachter Herbizidtoleranz und Anwendung des dazu passenden Herbizids „Roundup Ready“) Vorteile, weil sie durch den Einsatz von Glyphosat weniger Spritzgänge (zwei statt vier bis fünf) und dadurch Zeitersparnis haben. Ertragszuwächse gibt es keine.

Troy Roushs Familie entschied sich 1997, erstmals gentechnisches Roundup Ready Soja auszuprobieren. Doch mehr Geld verdienten sie mit nachgebaumtem konventionellen Soja, weil die Saatgutkosten niedrig gehalten werden konnten. Sie entschieden sich bewusst gegen Monsanto-Saatgut, um keinen Technologie-Vertrag unterschreiben zu müssen. Dieser spricht Monsanto viele Rechte auf Kosten der Landwirte zu, unter anderem

Proben auf Feldern zu ziehen oder Einsicht in gespeicherte öffentliche Daten über den Betrieb zu nehmen.

Im Jahr 2000 wurde die Familie Roush von Monsanto dennoch wegen Patentverletzung verklagt. Grundlage dafür waren Anbauverträge mit nachweislich gefälschten Unterschriften von Troy. Auch fehlerhafte Proben konnten Monsanto nachgewiesen werden. Die Verteidigungs- und Anwaltskosten, die Troy Roush tragen musste (343.000 US-Dollar), haben ihn nach zweijährigem Rechtsstreit dazu gebracht, einem Vergleich zuzustimmen. Das Verfahren bis zum Ende zu führen, hätte den finanziellen Ruin der Familie bedeutet. Den einzigen Weg, einer erneuten Klage vorzubeugen, sahen Roushs darin, kein eigenes Saatgut mehr nachzubauen, wegen der Gefahr, dass es kontaminiert ist. Doch seit Einführung der Patentie-

David Dechant und Troy Roush sind sich einig: Die kleinteiligen Strukturen in Europa schließen eine Koexistenz von gentechnischem und gentechnikfreiem Anbau aus. Auf die Frage nach Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft durch Agro-Gentechnik lächelt Troy Roush deshalb ungläubig und antwortet mit einer Gegenfrage: Wie viele Betriebe seiner ZuhörerInnen passen in seinen eigenen Betrieb? Wie viele müssen also aufgeben, wenn sich Europa für gentechnischen Anbau entscheidet? Gewinner der Gentechnologie in den USA sind nicht die Bauern, sondern die multinationalen Gentechnikkonzerne. Das Fazit der US-Bauern lautet: „Setzt Euch für das Recht auf eigenen Saatgutnachbau und für ein vorsorgendes Gentechnikgesetz ein.“

Siegrid Herbst



David Dechant bewirtschaftet mit seinem Bruder 1.215 ha Land in Colorado, 40 Meilen nordöstlich von Denver. Sie bauen Luzerne, Mais, Weizen, Sonnenblumen und Braugerste an. 1998 hat David Dechant gentechnisch veränderten Roundup Ready-Mais angebaut, sich jedoch gegen weiteren gentechnischen Anbau entschieden. David Dechant ist Geschäftsführer der Amerikanischen Maisbauern Organisation (American Corn Growers Association) und Mitglied der Rocky Mountains Farmers Union.



Troy Roush (hier im Bild mit der Dolmetscherin Tina Loeffelbein) ist Farmer aus Indiana, 250 Kilometer südöstlich von Chicaco. Seine Familie bewirtschaftet 2.230 ha mit Sojabohnen, Weizen, Mais, Popcornmais und Tomaten. Von den 1.100 ha Sojabohnen werden 15 ha ökologisch angebaut, die einzigen weit und breit. Noch befindet sich Troy in der Umstellungsphase, er weiß nicht, ob er die Grenzwerte für organische Sojabohnen einhalten kann. Es ist ein Versuch, sich vom gentechnischen Sojamarke wieder zu lösen. Troy Roush setzt sich für einen Gesetzentwurf ein, die „Farmer Bill of Rights“ zum Schutz der Bauern vor Klagen der Saatgutkonzerne. Fotos: Jasper

Die Kosten von konventionellem Soja Saatgut stiegen von 20,44 Euro pro ha im Jahr 1997 auf 58,41 Euro je ha im Jahr 2005. Während sich die Kosten für GV-Saatgut nur um 3,80 Euro auf 64,25 Euro pro ha erhöhten.

Soziales Gefüge zerreißt

In Folge zunehmender GVO-Anbaufläche sinken die Marktpreise für die Ernte, der Rationalisierungsdruck steigt. Höfe werden aufgegeben. Zudem werden Bauern von Monsanto ermutigt, anzurufen, wenn sie den Verdacht haben, dass Nachbarn unerlaubt Saatgut nachbauen. Das soziale Gefüge auf dem Land droht zu zerreißen.

Der Bericht „Monsanto gegen Bauern“ hat in den USA nach seinem Erscheinen im Januar 2005 für Aufsehen und Diskussionen gesorgt. Das Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit (CFS) untersuchte dafür, in welchem Ausmaß US-amerikanische Bauern unter Rechtsstreitigkeiten litten, die durch die Nutzung patentierter gentechnischer Pflanzen ausgelöst wurden. Der Bericht (ins Deutsche übersetzt) ist bei der AbL gegen eine Gebühr von 2,50 € zuzüglich Versandkosten erhältlich.

(Tel.: 02381-9053173, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de)

Lebendige Saat statt toter Ernte

Weltweit treten Bauern, Umweltaktivisten und Verbraucher für die Ächtung von gentechnisch sterilisiertem Saatgut ein

Ende der 90er Jahre wurde bekannt, dass die US-Regierung zusammen mit dem Pflanzenzuchtunternehmen Delta & Pine Saatgut entwickeln will, aus dem eine Ernte heranwächst, die nicht mehr keimen kann. Kritiker taufte diese neue gentechnische Methode „Terminator“. Mittels Terminator-Technologie sollten Bauern auf der ganzen Welt jede Möglichkeit, aus der Ernte Saatgut zu gewinnen, verlieren. Anstatt mit Sortenschutzgesetzen, Patentschutz oder Hybridsaatgut vorzugehen, versprach Terminator der Gentechnikindustrie eine technische Lösung für den unerwünschten Nachbau. Nach internationalen Protesten rudernden die Konzerne damals zurück, in einem Ausschuss der Vereinten Nationen wurde die Technologie geächtet.

Neue Argumente?

Nun hat Delta & Pine einen neuen Vorteil durch Terminator entdeckt: Das sterile Saatgut verhindere die unerwünschte Ausbreitung von gentechnischem Material, sei also ein Instrument der Biosicherheit. Damit wirbt der Konzern bei Umweltzuständigen und will auf diesem Weg die Beurteilung innerhalb der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) der Vereinten Nationen in ihrem Sinne umdrehen. Er setzt darauf, dass die Ächtung von Terminator im März auf der nächsten Konferenz der CBD in Brasilien aufgehoben wird.

Falsche Versprechen

Aber weder Pollenflug noch das Einkreuzen auf Nachbaräckern oder in Wildpflanzen wird durch die Terminator-Technologie verhindert. Die Pollen der Terminator-Pflanzen können unbehindert fliegen; erst wenn aus den befruchteten Blüten neue Samen heranreifen, verlieren diese ihre Keimfähigkeit. Die Technik ist hochkomplex. Gleich drei gentechnische Veränderungen müssen zum

richtigen Zeitpunkt funktionieren – ein fehleranfälliger Prozess. Um Bauern vom Nachbau abzuhalten, reicht es aus, wenn ein Großteil der Ernte steril ist. Um aber das Aufkeimen von unerwünschten Genpflanzen auf Nachbarfeldern und -äckern zu verhindern, müssten 100 Prozent Sterilität erreicht werden.

Nebenfolge der neuen Biosicherheit ist, dass Bauern die Ernte von Nachbaräckern nicht mehr zur Wiederaussaart verwenden können. Denn die Pollen zerstören auch bei ihrem Weizen die Keimfähigkeit.

Geächtet, aber patentiert

Das Moratorium in der CBD hat die Gentechnikkonzerne nicht von Patentanmeldungen auf die Terminator-Technologie abgehalten. Nahezu alle bekannten Namen aus der Gentechnikbranche tauchen hier wieder auf. Im Oktober 2005 erteilte das Europäische Patentamt Delta&Pine ein Terminator-Patent.

Internationaler Protest

Ausgehend von Kanada hat sich eine internationale Kampagne „Ächtet Terminator“ gebildet. Die ABL hat wie andere Bauernorganisation aus Europa und Kanada Terminator verurteilt. Gemeinsam mit anderen Organisationen fordert sie von der Bundesregierung:

- ein Verbot der Terminator-Technologie im deutschen Gentechnikgesetz zu verankern,
- Forschungsgelder der öffentlichen Hand nicht für Projekte zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, die Terminator-Technologie und ihre Entwicklung zu fördern.

ms

Patentanmeldungen von Unternehmen auf Terminator

Unternehmen	Anzahl der Patente
Syngenta	9
Bayer CropScience	4
BASF	1
Pioneer Hi-Bred	1
Monsanto	1
Delta&Pine Land	1
Exseed Genetics	1
Advanced Technologies	1
Icon Genetics	1
Ceres	1
University of Georgia Research Foundation	1
Greentec Gesellschaft für Pflanzenbiotechnologie mbH	1
Summe der Patentfamilien	23

Kurzes am Rande

Monsanto-Patent auf Hälfte aller Schweine

Nach dem Aufkauf von Pflanzenzuchtunternehmen will sich Monsanto nun auch das Erbgut der Schweine sichern. Die Patentanmeldung auf besondere Ausprägungen der Leptine bei Schweinen umfasst die Rassen Pietrain, Yorkshire, Deutsches Landschwein, Duroc, übliche Kreuzungen aus Dänemark und alter Rassen wie das Schwäbisch Hällische Schwein oder Angler Sattelschwein. Wird das Patent bewilligt, kann Monsanto die Nachkommen als Erfindung beanspruchen und von den Mästern und Züchtern Lizenzen kassieren. Nach Aussagen von Monsanto soll nun der Schweinezuchtmarkt aufgerollt werden. Greenpeace hatte untersucht, welche Schweinerassen von dem Patentantrag Monsanto betroffen sind und kam zu dem Ergebnis, dass rund die Hälfte der Schweinerassen in Deutschland unter das Patent fallen würden. Greenpeace protestierte mit Bauern und Ferkeln aus Schwäbisch Hall vor dem Europäischen Patentamt in München. ms

Erste gentechnische Sortenzulassung

Mitte Dezember erhielten die Gentechnik-Konzerne Monsanto und Pioneer die ersten Zulassungen für gentechnische Pflanzensorten in Deutschland. Die Maissorten PR39V17, PR38F71 und DKc 3421YG dürfen damit als erste unbegrenzt in Deutschland angebaut werden. Mittels Gentechnik sind sie so verändert, dass der Mais selbst stetig das Insektengift des *Bacillus thuringiensis* bildet. Mit der nun erfolgten uneingeschränkten Zulassung hat Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer sich, den Bauern und Verbrauchern keinen guten Dienst erwiesen, kommentierte die ABL. Ohne juristische oder sachliche Notwendigkeit habe er grünes Licht für einen höchst umstrittenen Mais gegeben. Neue wissenschaftliche Studien aus Italien zeigen, dass entgegen den Aussagen der Industrie Bestandteile von gentechnischem Mais in Blut, Leber und Niere nachgewiesen werden können. ms

Gentechnikfreie Milch auch bei Rewe

Seit einigen Wochen können Verbraucherinnen und Verbraucher die Bergweidmilch „ohne Gentechnik“, die im Betrieb der Upländer Bauernmolkerei verpackt wird, nun auch in Supermärkten der Rewe-Kette kaufen. Im Sauerland und Westen von Nordrhein-Westfalen wird diese Milch erstmals angeboten. In Nordhessen und Südniedersachsen haben Kunden nun die Wahl, ob sie die Milch bei Tegut oder Rewe kaufen wollen. ms

Risikobewertung hinkt Forschung hinterher

Klare Worte zur Zielgenauigkeit und möglichen Risiken bei der Gentechnik fanden Forscher aus ganz Europa Anfang Dezember auf der Tagung „Epigenetik, gentechnische Pflanzen und Risikobewertung“. Der französische Genetiker Gilles-Eric Seralini erklärte: „Bei den heutigen Verfahren werden gentechnische Konstrukte in ein unbekanntes Genom an zufälligen Stellen eingefügt.“ Das Magazin „Der Spiegel“ zitiert den Pflanzenphysiologen Richard Firn aus York: „Das System ist dafür gebaut, chemische Vielfalt zu produzieren. Wer es manipuliert, erhält zwangsläufig unvorhersagbare Ergebnisse.“ Einhellig wiesen die Wissenschaftler die These „ein Gen – ein Effekt“ als veraltet und haltlos zurück. In der EU wird jedoch von den zuständigen Stellen genau diese These als Grundlage für die Risikobewertung neuer gentechnischer Pflanzen herangezogen. ms

Feldzerstörer mit richterlicher Unterstützung

In Orleans wies das Gericht die Strafzahlungen für 49 Beschuldigte zurück, die zuvor auf zwei Feldern des US-Konzerns Monsanto gentechnischen Mais ausgerupft hatten. Das Gericht erkannte die Aktionen als gerechtfertigt an. Der Anbau und die Auskreuzung von gentechnischen Pflanzen erzeuge eine Form des Befehlsnotstands bei den Angeklagten, die das Urteil als großen Sieg für die Anti-Gentechnik-Bewegung feierten. Statt der von Monsanto geforderten 398.000 Euro müssen die Angeklagten gemeinsam nur 6.000 Euro zahlen. Der Staatsanwalt hatte sogar drei Monate Haft gefordert und kündigte nach der Urteilsverkündung Revision an. pm

Molkereiwirtschaft in der Slowakei

Der EU-Beitritt hat starke Veränderungen bewirkt. Auch im zweiten Jahr der EU-Mitgliedschaft hält der Strukturwandel an

Exportchancen

Die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) und die CMA haben die Märkte von fünf neuen EU-Mitgliedstaaten für deutsche Molkereien untersuchen lassen. Ergebnis: Es ließe sich noch mehr nach Osten exportieren.

ZMP (Hrsg.): Marktstudie Exportchancen für deutsche Molkereiprodukte. Juni 2005, 231 S., 159,43 Euro. Bezug: info@zmp.de

Was die erzeugte Milchmenge betrifft, so ist die Slowakei im unteren Mittelfeld der zehn neuen Mitgliedstaaten angesiedelt. Zum Vergleich: mit gut 1 Mrd. Litern Kuhmilcherzeugung macht sie rund neun Prozent der polnischen Milchmenge aus. Im Gegensatz zu anderen neuen Mitgliedstaaten hat der inländische Milchabsatz nicht zu-, sondern abgenommen. Auf einer internationalen Tagung der ZMP zählte der Bericht aus der Slowakei zu den bedrückenderen.

Der Vorstandsvorsitzende des Slowakischen Milchverbandes, Jan Blchac, erwartet für die Zukunft, dass sich die Zahl der Molkereien weiter verringern wird. Im Jahr 1990 waren es noch 32 große und fünf kleine Betriebe. Jetzt sind es 19 große und 6 kleine Firmen, die insgesamt 3.500 Mitarbeiter haben. Das sind halb so viele wie im Jahr 1990.

Westliche Investoren

Viele slowakische Molkereien wurden von westlichen Unternehmen übernommen. Im November 2005 hat die Regierung der Slowakei ein neues Förderprogramm vorgestellt, um weiteren ausländischen Investoren den Weg ins Land schmackhaft zu machen. Im Juni 2005 verarbeitete die aus Bayern stammende Molkerei Meggle 15,9 Prozent der angelieferten Milch, Lactoprot (aus Österreich) 10,3 Prozent und Levice (Slowakei) 9,5 Prozent. Friesland (NL), Bongrain (F) und Fromageries Bel (F) kauften insgesamt 19,9 Prozent der Milchmenge. Die slowakischen Firmen Kezmarok und Rimavska Sobota gehören mit 6,1 und 5,4 Prozent zu den großen Abnehmern. Die restlichen 32,9 Prozent teilen sich kleinere slowakische Betriebe. Für alle Molkereien gilt, dass die wirtschaftlichen Bedingungen schwierig sind. Hohe Investitionen waren nötig, um die Bedingungen der EU-Richtlinie 92/46 zu erfüllen, die die Herstellung und Vermarktung der Milch und Milcherzeugnisse innerhalb der EU regelt. Dies ist auch mit ein Grund für den hohen Anteil an ausländischem Kapital innerhalb der Firmen. Aus eigener Kraft wäre die Modernisierung nicht zu schaffen gewesen.

Im Jahr 2003 investierten die Molkereien 878,1 Mio. Slowakische Kronen (rund 21,3 Mio. Euro), im Jahr 2004 waren es 1.796 Mio. Slowakische Kronen (rund 44,9 Mio. Euro).

Nach Angaben des slowakischen Milchverbandes machten die Firmen im Jahr 2001 zum letzten Mal Gewinne, danach nur noch starke Verluste. Die Firma Sole (Italien) hat sich 2004 ganz aus dem slowakischen Markt zurück gezogen, Friesland strukturierte seine Betriebszweige um. Allerdings ist jetzt die Talsohle durchschritten, heißt es, und es zeige sich ein Aufwärtstrend.

Steuern drücken Nachfrage

Probleme ergeben sich für die Firmen aus der stark gestiegenen Mehrwertsteuer von heute 19 Prozent (2001: 10 Prozent). Nach Einführung der 19 Prozent zu Beginn des Jahres 2004 wurden erheblich weniger Molkereiprodukte nachgefragt als vorher. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus dem starken Wettbewerb im Einzelhandel. Es wird erwartet, dass sich der Anteil der Discounter am gesamten Handelsumsatz in der Slowakischen Republik bis zum Jahr 2010 von jetzt 10 Prozent auf 14,3 Prozent erhöhen wird. Im Jahr 2004 hatten die Handelsketten Tesco 31, Billa 65, Kaufland 24 und Lidl 56 Verkaufsstellen. Lidl ist seit einem Jahr im Land. Die Zahl der Filialen nimmt stetig zu. Über diese Ketten kommen auch preisgünstige Produkte aus Westeuropa, besonders aus Deutschland, in die Verkaufsregale, die eine starke Konkurrenz zu slowakischen Erzeugnissen darstellen.

400 Euro Lohn

Die Kaufkraft im Land ist niedrig. Der Durchschnittslohn pro Einwohner beträgt 400 Euro. Die Ausgaben für Post, Telekommunikation und Energie sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Konsumenten sparen jetzt auch an den Ausgaben für Lebensmittel. 2004 lag der Verbrauch an Milch und Milchprodukten nur noch bei 154 kg/Kopf. Das ist etwa die Hälfte des Durchschnitts in der EU-15.

Es gibt Schwierigkeiten, slowakische Produkte in die EU auszuführen. Hier wären große Werbemaßnahmen erforderlich, um die Erzeugnisse bekannter zu machen und ihnen zu einem positiven Image zu verhelfen. Der Export von Käse und Quark nach Tschechien, Deutschland, Niederlande und USA hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen, der Import dieser Produkte hat zugenommen. Die Importe komme aus Tschechien, Deutschland und Polen.

Mit der Qualität der Milch gibt es keine Probleme. 95 Prozent der angelieferten Menge hat ein gutes Niveau. Ein großer Teil der Milch stammt aus großen Rinderbeständen. Der Erzeugerpreis lag laut ZMP/CMA im Jahr 2004 bei 23 Euro-Cent/kg und damit fast 5 Cent/kg unter dem deutschen Durchschnitt. Für das erste Halbjahr 2005 gibt der slowakische Milchverband den Preis mit 25,9 Cent/kg Rohmilch (bei 3,7 % Fest- und 3,4 % Eiweißgehalt). Es wird erwartet, dass der Preis leicht steigt.

Bei der Einführung der EU-Direktzahlungen kam es zu Störungen der Milchprämienzahlung an die Landwirte. Diese kritisieren auch, dass sie im Moment nur 54 Prozent der Unterstützung erhalten, die ihre Kollegen aus Westeuropa bekommen.

Aussichten

Für die Zukunft befürchtet Jan Blchac einen weiteren Rückgang des Pro-Kopf-Verbrauchs und eine noch stärkere Einfuhr von Produkten, die unter dem Preisniveau der einheimischen Waren liegen. Ungünstig wäre es auch, wenn weiterhin überwiegend unveredelte Erzeugnisse exportiert werden. Förderlich wären Programme des Staates und der EU zur Erhöhung des Milchverbrauchs (z. B. Schulmilchprogramm) und die Senkung der Mehrwertsteuer für Molkereiprodukte.

Die slowakische Milchindustrie begrüßt eine weitere Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO-Verhandlungen. Es wird erwartet, dass nach dem Wegfall der Exportsubventionen die slowakischen Produkte wettbewerbsfähig sind und auch die Ausfuhr in Drittländer in Schwung kommt.

Auffällig bei dem Tagungsbericht war, dass die landwirtschaftlichen Betriebe kaum zur Sprache kamen. Laut EU-Statistik stehen von den 208.000 Milchkühen (Jahr 2003) 87 Prozent in Betrieben der größten Betriebsklasse mit einem addierten Standarddeckungsbeitrag ab 120.000 Euro; diese Betriebe halten im Durchschnitt 285 Milchkühe und bewirtschaften 1.667 ha Fläche. 4,6 Prozent der Kühe stehen in Betrieben mit einem Standarddeckungsbeitrag von bis zu 1.200 Euro (durchschnittlich 0,7 ha).

Astrid Thomsen



Der Vorstandsvorsitzende des Slowakischen Milchverbandes, Jan Blchac. Foto: Thomsen

Zahlen zur Slowakei

Fläche: 49.054 Quadratkilometer
 Einwohner: 5,38 Mio.
 Arbeitslosigkeit: 14 %
 (4 % in den reichen westlichen Landesteilen, 30 % im armen Osten)
 Wechselkurs: 1 € = 38,83 Slowakische Kronen
 12.200 landwirtschaftliche Betriebe mit einem Gesamtdeckungsbeitrag von über 1.200 Euro,
 59.600 Bauern mit einem Gesamt-Deckungsbeitrag von unter 1.200 Euro
 87,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (2,4 Mio. ha) wird von Großbetrieben bewirtschaftet
 Milchkühe: 206.000 Stück
 Milchleistung: 5083 kg/Kuh/Jahr
 Milcherzeugung 2004: 1.047 Mio. Liter
 Anlieferungsquote: 90 Prozent
 Molkereien: 19 große, 6 kleine

Weltbank liebt Dorfbank

Berliner Compagnie geht wieder auf Tour – auf Anfrage!

Was tun die Bangladeschis, wenn ihnen die Weltbank Deiche ver schreibt, die sie gar nicht haben wollen, weil die nur Türöffner für Saatgutmultis sind? Die Theatertruppe „Berliner Compagnie“ hat für ihr neuestes Stück „Kredit für Taslima“ ein hochaktuelles Thema gewählt.



„Kredit für Taslima“: Weltbankberater Karl Lündgens verliebt sich in die Bengalin Taslima. Foto: Berliner Compagnie

Das aktuelle Stück der Berliner Compagnie ist ein Plädoyer für das entwicklungs politische Instrument des Kleinkredits sowie für die Frauengruppen, die mit seiner Hilfe nicht nur in Bangladesch zum wichtigsten Motor von Entwicklung im Süden geworden sind.

So ernst das Thema ist, so leicht die Form. Das Ensemble präsentiert ein Melodram im Stil der Bollywood-Filme mit Tanz, Musik und natürlich einem Happy-End.

Die Berliner Compagnie, die 1982 aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist, versteht sich als alternatives politisches Tourneetheater mit den Schwerpunkten: Friede, Gerechtigkeit, Menschenrechte. Das Ensemble spielt seine Stücke auf Anfrage im gesamten deutschsprachigen Raum.

we

Gastspielangebot 2006:

Kredit für Taslima:

4.-9. April u. 7.-12. Nov.

Human Bombing (Lügen und Krieg):

29. März bis 2. April u. 4.-19. Nov.

Terra! Terra! (eine Sojabohne packt aus):

21.-26. Nov.

Schöne eine Welt (von der Herkunft

unserer Kleidung):

17.-19. März u. 28. Nov. bis 3. Dez.

Infos zu Gastspielen u. Büchern:

Karin Fries, Tel. u. Fax. 089-129 8624,

Di bis Fr 9-13 Uhr,

karin-fries@berlinercompagnie.de

Die Story: In einem bengalischen Dorf in Süd-Asien, inmitten einer islamisch-patriarchalen Gesellschaft, treffen sich Frauen heimlich, um eine Kleinkreditgruppe zu gründen. Zur selben Zeit taucht beim Bürgermeister ein „Berater“ auf. Es kommt zur Konfrontation zwischen einem gigantischen Weltbank-Projekt und den Frauen. Wird es dem Saatgutkonzern gelingen, über die Weltbank den ersehnten neuen Markt für Gen-Reis zu schaffen?

Tatsächlich stehen Menschenrechtsorganisationen in Bangladesch zur Zeit unter starkem Druck. Die Regierung sperrt die finanziellen Mittel aus dem Ausland, mit denen bisher Menschen aus armen Familien über Kleinkredite gefördert wurden.

12 Stücke jetzt in Buchform

Mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Evangelischen Kirche (ABP) hat die Berliner Compagnie 12 ihrer 20 Stücke jetzt thematisch geordnet in vier Bänden herausgegeben.

Band I „Krieg und Frieden“:

Die Kuba-Krise / Das Mandelbaumtor / human bombing.

ISBN 3-9809977-0-7

Band II „Lateinamerika“:

Oscar Romero / Wer tötete Chico Mendes? / Terra!

Terra! ISBN 3-9809977-1-5

Band III „Afrika“:

Kein Asyl / Ken Saro-Wiwa. Blut für Öl / Hotel Justice.

ISBN 3-9809977-2-3

Band IV: Arbeit in der Einen Welt:

Das Bankgeheimnis / Beihilfe zum Export/ Schöne Eine Welt.

ISBN 3-9809977-3-1



Mehr Infos zu den einzelnen Stücken gibt es im Internet: www.berlinercompagnie.de, Preis pro Band 10,- Euro zzgl. Versandkosten, Bezug siehe Infos oben.

Jahresringe

Das Jahr geht zu Ende. So richtig schlau bin ich aus ihm noch nicht geworden. Silvester steht noch bevor, und dann nehme ich mir die Zeit, mal etwas gründlicher zu grübeln.

Im letzten Januar, der Nachwuchs war aus dem Größten raus, hatte ich mich zurückgemeldet zur Grünen Woche und ihren Empfängen, wobei ich da kein typischer Vertreter bin, denn da halte ich mich strikt an „ich muss noch fahren“. Gut kommt das nicht an, aber wer einen kühlen Kopf bewahren will, muss Opfer bringen. Ob ich jetzt wieder eingeladen werde zu den Empfängen, wird sich noch zeigen. Am „fahren“ wird das weniger liegen, als an meiner agrarpolitischen Sozialisation. Vielleicht schleicht sich der Regierungswechsel ja bis in die Messehallen hinein, und da sind wir nicht so richtig dran, wie das so schön heißt.

Ob ich vorher dran war, habe ich nie so empfunden, wohl aber, dass wir näher dran waren, als wir es früher waren. Aber die Grüne Woche war immer noch in der Hand der mehr oder weniger anderen.

Diesmal werden mir die Reden der machtbewussten und durchsetzungsfähigen Frau aus Berlin erspart bleiben, die sich damals viel vorgenommen hatte, aber immer nur so viel anpackte, wie ihr erfolgreich durchzusetzen schien. Eine begnadete Rednerin ist sie nie geworden. Waren die Themen ihrer Reden auch aktuell, aber ange- rührt, gepackt oder gar mitgerissen war ich nie. Allein war ich da-

mit nicht. Vielleicht liegt es wiederum an der anderen Sozialisation.

Letztes Frühjahr habe ich mich mal mit einer Journalistin eines großen Blattes in Berlin an einen Tisch gesetzt. Sie wollte Informationen und dachte, ich könnte da helfen. Ob ich ihr geholfen habe, müsste



... aus Westfalen

sie sagen. Aber bei dem Gespräch ist mir eine für mich viel wichtigere Frage gekommen: Warum mache ich das alles? Warum sind Bauern, ist Landwirtschaft mein Thema. Wo ich keinen Hof habe noch einen erben könnte. Ja, aufgewachsen bin ich in einem Haus in einer Bauerschaft, Fußball habe ich auf den Weiden gespielt, die schon längst alle umgebrochen sind, nachdem die Flurbereinigung die neue Drainage bezahlt hatte. Ich war in der Bauernklasse unserer Dorfschule, aber schon zu den Scheunenbällen der Landjugend war ich nur selten Gast.

Mit dem Verstand ist meine Verbindung zu den Bauern wohl nicht zu erklären. Politische Arbeit, ja, die reizt natürlich; das letzte Detail noch rauszubekommen und dann anzubringen, das mag auch eine Art Sucht sein. Aber es gibt so viele politische Felder, auf denen ich mich austoben könnte.

Nein, zufällig ist das nicht, auch wenn es nicht logisch ist. Was dann noch bleibt, ist wohl eine emotionale Geschichte. Und die sitzt tief, warum auch nicht.

Der Schreibtisch, an dem ich nun sitze, ist schon wieder voll. Das geht ihm oft so. Mein Zeit- und Ablagemanagement ist nicht wirklich optimal. Es kommt nicht selten vor, dass ich dann denke: wofür der ganze Stress, der mir Augenringe verschafft und auch schon mal den Schlaf raubt. Dann kommt sie wieder hoch, die Sehnsucht, in meine alte Heimat zu fliehen und einfach wieder Gärtner zu sein, was Produktives zu tun, das Feld umzugraben und auf den Frühling zu warten, damit wieder was wächst, was man essen kann.

Was wäre ein Leben ohne Sehnsucht? Empfänge auf der Grünen Woche sind dagegen nur Pflicht.

Neuausrichtung konsequent weiterführen

Kritischer Agrarbericht 2006 zieht Zwischenbilanz der Agrarwende

Das Jahr 2005 hat der Agrarpolitik in Deutschland einen neuen Handlungsrahmen beschert. Als Ergebnis vorgezogener Bundestagswahlen wurde Rot-Grün von einer großen Koalition und Ministerin Künast (Bündnis90/Die Grünen) von Horst Seehofer (CSU) abgelöst. Für das AgrarBündnis ist dies der Anlass, im Kritischen Agrarbericht 2006 (KAB 06) schwerpunktmäßig sowohl eine Zwischenbilanz der von Rot-Grün politisch postulierten

Erwartungen enttäuscht

Insgesamt jedoch – und das zeigen die Beiträge in diesem Agrarbericht – kann die Bilanz der bisherigen Agrarwende angesichts der großen Erwartungen und hochgesteckten Ziele nicht überzeugen. Manche Reform ist in der Rhetorik steckengeblieben. Weiterhin gilt in erster Linie das Ziel, aus Tier, Boden und Pflanze ein Maximum an „Leistung“ herauszuholen, um Agrarrohstoffe in großen Mengen möglichst billig

zu produzieren. Jenseits der Forderung nach „Klasse statt Masse“ blieb eine Auseinandersetzung darüber und eine Bestimmung dessen, was Qualität für die in der Landwirtschaft erzeugten Produkte bedeutet, aus. Eine Qualitätswende fand nur bedingt statt.

Ökologischer Landbau zu wenig

Als Instrument der Ökologisierung der Landwirtschaft ist die rot-grüne Agrarwende mit der Focussierung auf den Ökologischen Landbau „nicht effizient“, heißt es im KAB. Schon marginale, aber flächendeckende Verbesserungen in der konventionellen Landwirtschaft – beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln oder Mineraldüngern, bei der Fütterung und bei der Tierhaltung – hätten wegen der resultierenden mengenmäßigen Effekte eine größere Wirkung. Eine pragmatische, schrittweise ökologische Modernisierung der konventionellen Landwirtschaft wäre somit effektiver als ein Ausbau der vollständig ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaft um einige wenige Prozentpunkte.

Und auch all diejenigen, die sich von der Agrarwende eine soziale Wende erhofft haben, dürften von Rot-Grün enttäuscht sein. Der Strukturwandel und das Höfesterben gehen unvermindert weiter und dem Ökologischen Landbau droht die „Konventionalisierungsfalle“: Immer größere Betriebe bewirtschaften mit immer weniger Menschen zunehmend Produkte für den anonymen Massenmarkt.

Leitfaden für die Zukunft

Mit der Darstellung und Analyse der Erfolge, aber auch der Defizite und Versäumnisse der Agrarwende, stellt der Kritische Agrarbericht 2006 gleichermaßen auch den „Leitfaden“ für eine zukünftige Agrarpolitik dar und gerät dabei zunehmend in Widerspruch zu „Seehofers Agrarreform:

Gen-Food statt Bio-Gemüse“ (Neue Westfälische).

Zwar knüpft der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD an zentralen Bestandteilen der Agrarwende an. So soll beispielsweise an der EU-Agrarreform festgehalten werden. Doch schon die Zusage, am Verbot der Käfighaltung für Legehennen festzuhalten, wurde so vage formuliert, dass die Einführung vergrößerter Käfige nicht ausgeschlossen ist – die Abkehr vom generellen Käfigverbot wäre ein eklatanter Rückschritt für den Tierschutz.

In anderen Bereichen wurde eine „Kehtwende“ bereits offensiv angekündigt, beispielsweise bei der Gentechnik. Es besteht die Gefahr, dass die Haftungsregelung abgeschwächt wird. Damit würde die Bundesregierung denjenigen, der Genpflanzen anbaut, weitgehend aus der Verantwortung entlassen. Eine gentechnikfreie Landwirtschaft wäre über kurz oder lang unmöglich gemacht. Und auch die „bevorzugte Behandlung“ des ökologischen Landbaus will Seehofer beenden.

1:1 zu wenig

Für das AgrarBündnis als Herausgeber des KAB gilt, dass sämtliche Maßnahmen der Agrarpolitik sowie die staatlichen Transferleistungen für die Landwirtschaft überzeugende Argumente brauchen. Die liegen im Bereich des Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie in dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Agrarsubventionen sind zukünftig ökologisch, tierethisch und sozial zu qualifizieren – und zwar deutlich über dem Niveau, das die Rechtsvorschriften der EU zurzeit vorgeben. Wie eine konsequente Weiterführung der Neuausrichtung der Agrarpolitik, wie sie unter dem Schlagwort „Agrarwende“ verkündet wurde, konkret aussehen kann und auf keinen Fall aussehen darf, dazu gibt der Kritische Agrarbericht ebenso umfassend Auskunft, wie zu einer Vielzahl weiterer Themen in insgesamt 45 Beiträgen.

Der Öffentlichkeit vorgestellt wird der Kritische Agrarbericht auf einer Pressekonferenz (am 12. Januar) im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin.

pm

AgrarBündnis (Hrsg.): Der Kritische Agrarbericht 2006. 288 Seiten; 19,80 Euro; ISBN 3-930 413-29-9. Zu beziehen über den ABL-Verlag, lieferbar ab 15. Januar 2006.

Inhalt

Der Kritische Agrarbericht 2006 gliedert sich wieder in 10 Kapitel plus Anhang (Themen, Autoren). Die Kapitel lauten:

Kapitel 1:

Agrarpolitik und Soziale Lage.

Kapitel 2:

Welthandel und Ernährung.

Kapitel 3:

Ökologischer Landbau.

Kapitel 4:

Produktion und Markt.

Kapitel 5:

Regionalentwicklung.

Kapitel 6:

Natur und Umwelt.

Kapitel 7:

Tierschutz und Tierhaltung.

Kapitel 8:

Gentechnik.

Kapitel 9:

Agrarkultur.

Kapitel 10:

Verbraucher und Ernährungskultur



Agrarwende zu ziehen, als auch die Handlungsfelder zu benennen, die es konsequent weiter zu entwickeln oder im Sinne zukunftsweisender Konzepte jetzt endlich anzupacken gilt.

Öffentlichkeit

Es wird im KAB 06 als das Verdienst von Ministerin Künast angesehen, die gesellschaftliche Bedeutung von Landwirtschaft in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt zu haben, wenngleich „nur“ vor dem Hintergrund eines Skandals (BSE). Sie orientierte sich dabei vor allem am Ökologischen Landbau als Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft. Die Förderung und der Imagegewinn des Ökologischen Landbaus zählt zu den bleibenden Leistungen der grünen Ministerin. Neben dem Ökologischen Landbau sieht der KAB auch in anderen Bereichen konkrete Erfolge: beispielsweise bei dem Verbot der Käfighaltung für Legehennen oder auch bei der im Gentechnikgesetz festgelegten strengen Haftungsregelung für die Nutzung der Agro-Gentechnik.

Neues Handbuch Alp

1,1 kg für vor, auf und nach der Alp

Ein Buch, das quietscht wie ein Mund voll trockener Käsekörner und dampft wie ein Kuhfladen in der Morgenfrische... – wer das „alte“ kennt und liebt, kriegt bei der Ankündigung des neuen gleich Lust aufs Schmöckern. Denn jetzt im Winter hat älpel ja noch Zeit, die gruselige Geschichte über die „Toggel, Tuntschi und Wandler“ zu lesen, allesamt sagenhafte, mal nützliche, oft gefährliche Bergleiter der Alpleute. Oder „von Samnaun gegen Binn zu“ eine Bildergalerie unterschiedlichster Schweizer Alpen zu besuchen. Im Frühjahr dann bietet „von Stellensuchenden, Arbeitsverträgen und Davongelaufenen“ einen Vorgeschmack auf den nahenden Sommer. Dann freilich sind eher die handfesten Infos über das unmenschliche Verhalten von Rindern und der menschliche Umgang damit, „Phagen, Staph und feiner Käse“ oder die „Besonderheiten der Ziegenmilchverarbeitung“ täglich Lesebrot.

Das Neue Handbuch Alp ist die aktualisierte Fassung seines legendären Vorgängers von 1998. Es gibt darin viele der alten Texte (teils überarbeitet) und dazu 36 neue.

Das Outfit ist fast zu chic für Schottensaberhände, 200 gewohnt wunderschöne Fotos sind drin. Als Highlight für die schläfrig-besinnliche Alpzeit zwischen Käsebrötchen am Abend und Bett unterm Wellblechdach gibt's Holzschnitte mit Gedichten wie:



„Holpernd, schüttelnd und rüttelnd dem Schweinwerfer nach zum Melkstand, der Milchkafee liefert Wachsamkeit, die dem Körper noch fehlt.“

Ein Buch, geschrieben von über 50 Äplerinnen und Äpler für KollegInnen und alpinteressierte Zaungäste, mitten aus dem harten, schönen Alpleben gegriffen, gut zum Alpweh bekämpfen, den blöden Mitäpler

bewerfen, die aufmüpfigen Alpschweine besser verstehen, beim z'nüni den Käse vergessen... Schnell kaufen, bevor es wieder vergriffen ist!

Elke Dagenbach

Neues Handbuch Alp. zalpverlag, Mollis, 1. Auflage 2005, 512 Seiten, 1,1 kg, 35,00 €; zu beziehen über den ABL-Verlag.

Kurzes am Rande

Agrobusiness Macht Handelspolitik

Im Zusammenhang mit der WTO entsteht in der Öffentlichkeit oft der Eindruck, die EU-Kommission wolle mit ihrer Verhandlungstaktik „Europas Bauern“ verteidigen. In einer neuen Studie, herausgegeben von der Nichtregierungsorganisation WEED in Kooperation mit der Abl, zeigt Autorin Marita Wiggerthale, dass bei der Position der EU-Kommission noch ganz andere ihre Finder im Spiel haben: das europäische Agrobusiness. Die Ernährungsindustrie stellt mit einem jährlichen Umsatz von EU-weit 800 Milliarden Euro den größten verarbeitenden Wirtschaftszweig in der EU dar, noch vor der Automobil- und der Chemieindustrie.

Die Studie nennt Zahlen, Namen und die WTO-Wunschzettel der einzelnen Industriebereiche des Agrobusiness. Beschrieben werden zudem die Mittel und Wege, wie diese Lobby intensiven Einfluss auf die WTO-Positionen der EU-Kommission nimmt. Die WTO-Verhandlungen sind so kompliziert, dass kaum jemand mehr versteht, was da hinter verschlossenen Türen geschieht. Die Studie bringt Licht ins Dickicht der Agrar-Lobby-Interessen. *uj*

WEED, Abl (Hrsg.): Marita Wiggerthale: Agrobusiness Macht Handelspolitik, Die Interessen der Lebensmittelbranche bei den laufenden WTO-Agrarverhandlungen. 25 S., 3,00 €, Bezug bei: WEED, Torstr. 154, 10115 Berlin, Fax: 030-27596928, weed@weed-online.org

Faustzahlen Landwirtschaft

Von den zulässigen Achslasten, den Maschinenkosten je Hektar bei der Pneumatischen Sämaschine und der Verschuldung der Landwirte über den allgemeinen Umrechnungsfaktor von Masttier in Schlachtgewicht und die Nährstoffgehalte verschiedener Düngemittel bis zu Investitionskosten für eine dezentrale Ölpressen – auf über tausend Seiten finden sich zu allen Themen, auch dem Ökolandbau und der Direktvermarktung, Angaben, die nicht nur beim Kalkulieren helfen können. *uj*



KTBL: Faustzahlen für die Landwirtschaft. 13. Aufl., 2005, 1129 S., 25,00 Euro, Bezug bei: KTBL, Bartningstr. 49, 64289 Darmstadt, Fax: 06151-700-123, ktbl@ktbl.de.

Agrarmärkte in Zahlen

Auf 24 Seiten gibt die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) einen Überblick über die letzten sechs Jahre für jeden Teilmarkt der Landwirtschaft (z. B. „Vieh und Fleisch“, „Eier und Geflügel“, „Milch und Milchprodukte“). *uj*

ZMP: Agrarmärkte in Zahlen Deutschland 2005. 24 S., 8,45 Euro, Bezug bei: ZMP, Rochusstr. 2, 53123 Bonn, Fax: 0228-9777-300, info@zmp.de

Fachstufe Landwirt

Das Standardwerk für die landwirtschaftliche Berufsschule liegt seit einiger Zeit in der neuesten Auflage vor. Die aktuelle Zusammenstellung von Produktions- und Arbeitsvorgängen in den Betriebszweigen des pflanzlichen und tierischen Bereichs schließt auch Rentabilitätsberechnungen und ökologische Aspekte ein. Das Buch enthält viele gute Abbildungen, Tabellen und Grafiken. *en*

Agrarwirtschaft – Fachstufe Landwirt, Fachtheorie für pflanzliche und tierische Produktion. 592 S., 762 Bilder, 575 Grafiken, blv-Verlag, München, 35,50 Euro.

Nutztierhaltung in Niedersachsen

Für alle Nutztierarten hat das ISPA-Institut ermittelt, wie sich die Bestände entwickelt haben, welchen Anteil Niedersachsen daran hat, in welchen Landkreisen und Kommunen sich die Haltung in welchen Bestandsgrößen konzentriert. *en*

Freisinger, U. und H.-W. Windhorst: Sektorale und regionale Strukturen der Nutztierhaltung in Niedersachsen. Weiße Reihe, Band 25, 112 S., Vechta 2005, 10,00 Euro, Bezug bei: ISPA, Tel. 04441-15344, Fax -15445.

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe 2006 2005 2004 2003 2002 2001 2000
19,80 € 19,80 € 19,80 € 21,00 € 19,80 € 20,00 € 19,00 €

.... Expl. Der Wollmützenmann, Stückpreis 11,90 € NEU!!! _____ €

.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, Stückpreis 13,90 € NEU!!! _____ €

.... Expl. Verliebt Trecker fahren, Stückpreis 9,90 € _____ €

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 €

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ ggf. E-Mail _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschläge bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für BS Februar 2006 ist am 20. Januar.

Hof und Arbeit

● Bio-Hof in Vorpommern, absolute Alleinlage, 250 ha, bietet Familien mit Kindern Altgebäude / Bauplatz. Betriebsteilhaber möglich. ☎ 0171-7823135

Tiermarkt

● Bruteier Kollbecksmoor-Huhn, ein Freiland stabiler Eierleger ☎ 04794-766

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Landesverband Bayern

Jahreshauptversammlung

Die AbL Bayern lädt ein zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen

am Sonntag, 29. Januar 2005, 10.30 - 16.00 Uhr
im Gasthaus Hinterecker „Ampfinger Hof“
Marktplatz 16 in 84539 Ampfing

Ampfing liegt an der B 12, von München Richtung Altötting

Informationen: AbL Bayern, Andreas Remmelberger,
Fax: 08679-9130145, www.abl-bayern.org

Landesverband Sachsen, Thüringen

Winterversammlung 2006

„Energieerzeugung aus Biogas“

Samstag, den 04. Februar 2006 ab 10.00 Uhr

Gaststätte „Brauhaus Freiberg“, Körnerstr. 2, 09599 Freiberg

10.00 Uhr Begrüßung durch J. Klemm, Landesvorsitzender der AbL Sachsen/Thüringen

10.10 Uhr Was bei Planung und Bau einer Biogasanlage zu beachten ist! – Der Leitfaden Biogas für die Region Sächsische Schweiz/Osterzgebirge

Vorstellung von Ergebnissen aus dem Regionen-Aktiv-Projekt, Herr Gottfried, Eutec Ingenieure GbR, Dresden

11.10 Uhr Biogasnutzung in der Praxis – Ein Betreiberbericht, Herr Dr. Wobst, Ökohof Wobst, Mittelherwigsdorf

11.50 Uhr Zusammenfassung

12.00 Uhr gemeinsames Mittagessen

13.30 Uhr AbL-Mitgliederversammlung 2006
nur für AbL-Mitglieder

ca. 15.30 Uhr Ende der Veranstaltung

Ansprechpartner:

Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg,
Tel.: 037323-50129, Fax: -15864, biohof_klemm@gmx.de

Veranstaltungen

Bauernwoche

09. bis 13. Januar 2006, Wies
Zu einer „wert-vollen“ Fortbildungswoche für Landwirte und Bauern lädt die KLB Augsburg in die Landvolkshochschule Wies/Steingaden. Unter dem Leitthema „Wert und Würde in der Landwirtschaft“ kommen aktuelle Themen wie Kommunales Abgaberecht, Perspektiven am Milchmarkt, Klimawandel usw. zur Sprache.

Anmeldung: ☎ 0821-3166-561, Fax: 569; info@klb-augsburg.de

Grüne Woche Berlin

13. bis 22. Januar 2006, Berlin
Internationale Ausstellung für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft und Gartenbau mit begleitenden Fachkongressen
Infos: www.gruenewoche.de, Messe Berlin GmbH, ☎ 030-3038-0, Fax: -2325

Energieautarkie ist möglich!

17. Januar 2006, Freising
Herr Miesenberger von BAV-Freistadt berichtet von den Erfahrungen des Bezirks Freistadt mit 64.000 Einwohnern in Österreich, der sich mit Hilfe erneuerbarer Energien selbst versorgt. Es werden Strategien zum Aufbau einer autarken Energieversorgung besprochen.

um 19 Uhr im Hörsaal 12 neben dem Parkplatz in Mensanähe, Kontakt: Arbeitskreis Ökolandbau der Technischen Universität München/FH Weihenstephan, Johanna Zeitz, ☎ 08161-547957; Dr. Reents, ☎ -713778, Infos und Anfahrtskizze: www.wzw.tum.de/oeokoak

Pflanzenöl Energieforum

18. Januar 2006, Berlin
2. Deutsches Pflanzenöl Energieforum im Rahmen des Kongresses CLEAN ENERGY POWER 2006. Partner sind der Bundesverband Pflanzenöle und die Bundschuh-Biogas-Gruppe.

Anmeldung: erneuerbare energien Kommunikations- u. Informationsservice GmbH, ☎ 07121-3016-0, Fax: -100, www.energie-server.de

Finanzierung Biogasanlagen

19. Januar 2006, Berlin
Workshop für Landwirte und Anlagenbetreiber im Rahmen der CLEAN ENERGY POWER 2006

Anmeldung: erneuerbare energien Kommunikations- u. Informationsservice GmbH, ☎ 07121-3016-0, Fax: -100, www.energie-server.de

Existenzgründung und Betriebsführung

25. bis 28. Januar 2006, Creglingen-Craintal
Orientierungskurs für (Neu)einsteiger in die Landwirtschaft
Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de

Agro-Gentechnik

25. Januar 2006, Berlin
Unter dem Titel „Eine Vision für die Zukunft?“ beschäftigt sich die Tagung mit gentechnisch veränderten Pflanzen der 2. und 3. Ge-

neration, also Pharma- und Energiepflanzen. Zur Frage, welche Entwicklungen es gibt und wann sie auf den Markt kommen, berichten Arnold Sauter vom Büro für Technologiefolgenabschätzung beim Bundestag, Arno Krotzky von metanomics GmbH, Andreas Bauer vom Umweltinstitut München und Beatrix Tappeser vom Bundesamt für Naturschutz. Zu Sinn und Nutzen solcher Pflanzen sprechen Bastian Olzem vom Deutschen Bauernverband, Hinrich Harling von KWS Saat AG, Stephan Albrecht von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und Hans-Josef Fell, MdB Bündnis 90/Die Grünen. Alternativen zur Biotechnologie stellen Urs Niggli vom FiBL (Forschungsinstitut biologischer Landbau Schweiz) und Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft vor.

Anmeldung bis 15. Januar: NABU Bundesgeschäftsstelle Berlin, Steffi Ober, ☎ 030-284984-25, Fax: -84, steffi.ober@nabu.de

GVO und globale Nahrungsmittelversorgung

26. Januar 2006, Stuttgart
Veranstaltung der Reihe „Nachhaltige Landwirtschaft“ zu Chancen und Risiken der gentechnisch veränderten Organismen (GVO) für die globale Nahrungsmittelproduktion und -versorgung
Umweltakademie Baden-Württemberg, Agnes Michenfelder, ☎ 0711 126-2814, Fax: -2893, www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

neu-LAND-kirche

27. und 28. Januar 2006, Volketsberg

Das bundesweite landpastorale Symposium neu-LAND-kirche geht in die zweite Runde mit der Frage: Welchen Auftrag hat die Kirche heute im Dorf?

Infos: Frau Schmitt in der Bundesstelle der KLJB, ☎ 02224-94 65 11, v.schmitt@kljb.org oder Frau Birgit Hoyer als Leiterin des Symposiums, ☎ 0951-200 633. Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), www.kljb.org

Hofübergabeseminar

28. und 29. Januar 2006, Hohebuch

Eingeladen sind die hofübernehmenden jungen Leute (einschließlich der Ehepartner), die hofübergabenden Eltern und die sogenannten „weichenden Erben“ (Geschwister der Hofübernehmer). Zusammen mit Fachreferenten sollen Antworten auf Fragen der betroffenen Familien gefunden werden. Damit möglichst alle Familienmitglieder an dem Seminar teilnehmen können, sind die Zeiten so festgelegt, dass Familien aus der Umgebung morgens und abends den Stall versorgen können. Ein Materialheft zur Hofübergabe ist erhältlich, auf dem das Seminar aufbaut.

Ländliche Heimvolkshochschule, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-107-0, Fax: -77, www.hohebuch.de.

Braucht Pflanzenzüchtung ein Menschenbild?

28. Januar 2006, Kassel
Eine Tagung für Gärtner, Landwirte, Händler, Verarbeiter, Wissenschaftler sowie interessierte Laien zu Aspekten biologischer-dynamischer Züchtungsforschung. Saatgut ist die Grundlage für unsere Lebensmittel. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen. Geht es um Massenertrag oder um Pflanzen, die die Gesundheit des Menschen stärken? Wie beeinflussen die Kunden und „der Markt“ mit ihrem Menschenbild die Pflanzenzüchtung? Diese Fragen werden Getreide- und Gemüsezüchter mit Ärzten, Ernährungsberatern und Tagungsteilnehmern vertiefen. Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GLS Treuhand e.V., ☎ 0234-5797-141, Fax: -188, www.zs-l.de

Artgerechte Geflügelhaltung

30. Jan. bis 01. Feb. 2006, Creglingen-Craintal

Kurs für Selbstversorgung und Direktvermarktung
Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de



bitte vormerken:

Milchtagung 2006

Montag, den 06. März 2006

Landvolkshochschule Hardehausen

9.30 bis 16.30 Uhr

Auch im März 2006 findet wieder die bundesweite Milchtagung von AbL, Universität Kassel und KLJB in Hardehausen bei Warburg in NRW statt.

Vorträge und Diskussionen zu aktuellen Themen: Milchpreis, Milchstreik, gentechnikfreie Milch, Qualität, Zucht u.a.

das genaue Programm in der nächsten Bauernstimme



Gemeinsame Veranstaltung von NEULAND e.V. und Institut für Tierschutz und Tierhaltung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)

Qualitätsorientierte Schweinehaltung vor neuen Herausforderungen

Tagung auf der Grünen Woche in Berlin 2006
Dienstag, den 17.01.2006 von 15.00 – 18.00 Uhr
 ICC-Kongresszentrum am Messegelände Berlin, Saal 7

15.00 Uhr Begrüßung, *Wolfgang Apel, Vorsitzender NEULAND e.V.*
 Einführung, *Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsf. NEULAND e.V.*

15.30 Uhr **Nationaler Bewertungsrahmen für Schweinehaltungsverfahren aus Sicht der Haltung und Umwelt.** *Dr. Lars Schrader, Institut f. Tierschutz u. Tierhaltung FAL, Celle*

16.15 Uhr **Ethologische Beurteilung von Schweinehaltungsverfahren.** *Dr. Jürgen Beck, Institut f. Agrartechnik, Universität Hohenheim*

17.00 Uhr **Erfahrung und Bewertung der NEULAND-Haltungssysteme.** *Bernd Kuhn, Beratung tiergerechte Haltung, Lüneburg*

18.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: *Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer NEULAND e.V.*

Information: *NEULAND e.V., 53115 Bonn, Tel.: 0228-6 04 96-0, Fax: -40*



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 048 23/85 05, Fax: 048 23/75 330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 046 35/21 41, Fax: 046 35/21 14
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 043 26/6 79, Fax: 043 26/28 91 47
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 046 31/74 24, Fax: 046 31/38 52

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 058 65/98 83 60, Fax: 058 65/98 93 61
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 042 33/6 69, Fax: 042 33/21 77 74
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 047 23/32 01, Fax: 047 23/21 18
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 058 65/12 47
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 055 08/99 99 89, Fax: 055 08/99 92 45

Mecklenburg Vorpommern / Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038 453/20 400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 038 41/79 127; Helmut Peters, Tel.: 038 454/20 215
Vorpommern: Albert Wittneben, Tel.: 039 604/2 68 59
Brandenburg: Cornelia Schmidt, Tel.: 038 79/12 5 18; Erich Degreif, Tel.: 033 204/3 56 48; Bernd Hüsgen, Tel.: 033 704/6 61 61

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 170, Fax: 023 81/49 22 21
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 052 41/5 70 69
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 054 04/52 64
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 052 21/6 25 75
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 022 48/47 61

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, Tel.: 064 41/7 55 02, Fax: 064 41/97 59 95
Nordhessen: Bernhard Wicke, Tel.: 056 65/14 03, Onno Poppinga, Tel.: 056 73/35 40

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Peterstraße 11, 54634 Bitburg, Tel./Fax: 065 61/6 04 93 00
Vorsitzender: Ewald Frisch, Tel.: 065 22/5 49, Fax: 065 22/93 36 36, E-Mail: abl.lv-rlp@web.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, Tel.: 073 52/89 28, Fax: 073 52/94 14 22
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 074 43/39 90;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 079 71/85 84
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29, Fax: 075 53/82 82 78
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 075 28/78 40, Fax: 075 28/92 75 90

Bayern

Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 086 79/64 74, Fax: 086 79/9 13 01 45, E-Mail: Abl-Bayern@web.de; www.abl-bayern.org
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer, Tel.: 088 47/8 04,
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Hans Urbauer, Tel.: 086 28/6 34, Ute Gasteiger, Tel.: 080 39/16 35
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 087 42/80 39
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 091 94/84 80

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037 323/50 129, Fax: 037 323/1 58 64



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 041 31/40 77 57, Fax: 041 31/40 77 58

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Adi Lambke, Tel.: 058 64/2 33; Anneliese Schmeh, Tel.: 075 53/75 29

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 038 41/79 12 73; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033 704/6 61 61, Fax: 033 704/6 61 62

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Mute Schimpf, AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 53 173, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: gentechnikfreie-landwirtschaft@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 86,00 €
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 121,00 €
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ € zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 31,00 €
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 56,00 €
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon/Fax

E-Mail

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
 Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum

Unterschrift

Sommer im Heimatfilm

Behende gabele ich den Mist auf die Schubkarre, leere die Schubkarre mit Schwung auf die Motor-schubkarre aus, mein Freund Reinhard zuckelt mit dieser ins abendliche Alpenglühen, auf der Kuhweide muss die ganze Scheiße wieder runter: 7 bis 8 Misthaufen im Abstand von etwa 10 Metern pro Alptag. Es geht weiter: mistgabelnd verlegen wir die großen zu kleinen Haufen, diesmal halbkuhladengroß und im Abstand von ca. 60 Zentimetern. Als braunes Mosaik schmücken die Misthäufchen unsere Kuhweiden – oh du schöne Schweiz! denke ich, in welches Landwirtschaftsjahrhundert bin ich da eigentlich geraten? Nach meinem schweren Entschluss, die Bauernstimmen-Redaktion zu verlassen, fiel es mir leicht, mich für einen dritten Alpsommer in der Schweiz zu entscheiden. Jeder Äpler wird sie kennen, die schlummernde Sehnsucht nach dem harten schönen Arbeitssommer in den Bergen. Wegen meinem arbeitstechnischen Sommerloch konnte ich diese Sehnsucht nochmal stillen. Also Anfang Juni mit dem Liebsten ins Berner Oberland, Habkern heißt das Dorf, in dem unsere Bergbauern-Chefs leben. Am 11. Juni geben acht Alpbauern ihre 31 Alpkühe in unsere Obhut. „Des isch mine Schwalbe“, zeigt uns Godi Wyss stolz seine ebenfalls stolze Simmentaler Kuh. Wie er selbst hat sie schon einige Alpsommer erlebt – er ist schon 78 und Schwalbe ist die einzige Kuh, die er noch besitzt. Helvetia und Edelweiß, zweimal Bluemli... die Bauern klären uns auf über die Eigenheiten ihrer Lieblinge. Jeder von ihnen hat „Berg“ auf der Traubach-Alp, die „größten“ Alpbauern haben fünf Kühe bei uns. Und nicht fünf von 40, auch nicht von 25 – unser Alpmeister hat 17 und liegt damit weit über dem Schnitt im Dorf. Wenn der Äpler an einem sonnigen Nachmittag die Alpbutter ins Dorf abliefern, bietet Habkern Heimatfilm-Kulisse: Am Steilhang (auf

dem sich Flachlandbauer höchstens extrem berggä-nge Ziegen vorstellen kann) fährt Bergbauer mit dem Allrad-Ladewägelchen, Bergbäuerin, Kind und sonstige Verwandtschaft ist mit Nachrechen beschäftigt. Baby, Appenzeller-Mischling und Picknickkorb liegen unter dem Sonnenschirm.

Mit 15 Kühen, die zum Glück während der Heusaison auf der Alp sind, und 15 Hektar Steilhangland ist eine Bauersfamilie gut beschäftigt.

„Bei uns werden auch die Waldränder sauber ausgemäht“, erzählt Walter Zurbuchen, Besitzer der Kuh „Sennerin“ uns stolz beim Kaffee-Schnaps.

Habkern ist gelebte Tradition steht im Touristenprospekt.

Mit dem Mistverteilen ist es ähnlich wie mit dem Ränderausmähen. Nicht lästige Pflicht ist es – auf der untersten unserer drei Hütten nicht mal Notwendigkeit, weil es eine Straße gibt. Nein: Die Misthäufchen kann Senn gezielt dorthin verlegen (nicht etwa werfen), wo gute Gräslein wachsen, diese damit fördern und feuchte Stellen mit Sauergräsern aussparen, erklärt

uns der Alpräsident, 40jährig und Biobauer, mit gewichtiger Miene – und noch vor 50 Jahren haben die Sennen den Mist in Bottichen auf dem Rücken auf die Weiden getragen. Wir sind also modern und haben es vergleichsweise einfach.

Manchmal haben sie mich aufgeregt mit ihren altmodischen Ansichten, manchmal hab ich sie aber verstanden – was für uns schon seit Jahrzehnten passé ist, ist ihre aktuelle Arbeitswelt. Und eigentlich ist das voll bäuerlich. Alles wird genutzt – auch auf der Alp mähen die Bauern Heu und Sauergras zur Einstreu für die Alpkühe, die Molke wird zu Ziger weiterverarbeitet, Fichten und Bergahorne, die auf den Weiden aufkommen wollen, werden gemeinschaftlich abge-schnitten und verbrannt. Überhaupt wird viel gemein-sam getan und viel von Hand – Landwirtschaft mit vielen Arbeitskräften eben.

Zum Alpbetrieb haben wir uns unseren Bauern zu-liebe schick gemacht, sie waren stolz auf uns und den guten Käse, und jede einzelne Kuh haben sie mit Bäumchen und Riesenglocken geschmückt für den

Wiedereinzug ins Dorf. Mit uns voraus – und das Ganze nicht etwa für die Touristen, sondern vor allem für sich selbst.

In der Schweiz können die Bergbauern noch ein stolzes Völklein sein.

Elke Dagenbach

So weit die Schweizer Bergbäuerinnen und Bergbauern auch von unserem Alltag entfernt zu sein scheinen, es gibt eine Zeitung, die bringt uns alle zusammen; nicht im Film, sondern jeden Monat neu per Post auf jeden Küchentisch, auf Ihren, auf den Ihres Nachbarn usw.



unabhängige Bauernstimme: Per Post auf Nachbars Küchentisch

1/2006

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

**Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
oder Fax 02381 / 492221**